

**SP BASELLAND**

**WAHLPLATTFORM 2019**

**Zukunft  
statt Abbau:**

**Nur mit uns!**

**SP**



# INHALT

<b>VORWORT</b>	<b>3</b>
<b>BILDUNG</b>	<b>4</b>
<b>DEMOKRATIE, RECHTSSTAAT UND SERVICE PUBLIC</b>	<b>10</b>
<b>ENERGIE UND KLIMA</b>	<b>12</b>
<b>FINANZEN</b>	<b>15</b>
<b>GESELLSCHAFT UND SOZIALES</b>	<b>18</b>
<b>GESUNDHEIT</b>	<b>21</b>
<b>GLEICHSTELLUNG</b>	<b>25</b>
<b>KULTUR</b>	<b>27</b>
<b>MIGRATION, INTEGRATION UND ASYL</b>	<b>29</b>
<b>REGIONALE ZUSAMMENARBEIT</b>	<b>32</b>
<b>SICHERHEIT</b>	<b>34</b>
<b>UMWELT UND NATUR</b>	<b>36</b>
<b>VERKEHR UND RAUMPLANUNG</b>	<b>39</b>
<b>WIRTSCHAFT</b>	<b>43</b>
<b>WOHNEN</b>	<b>46</b>



# VORWORT

## Liebe Baselbieterinnen und Baselbieter

Bei den Wahlen am 31. März 2019 entscheiden wir alle gemeinsam über die Zukunft des Baselbiets. Die SP steht für ein Baselbiet mit guten Schulen, starkem öffentlichen Verkehr, bezahlbaren Prämien, geschützten Lebensräumen und bezahlbarem Wohnraum. Das ist unsere Vision für die wir uns täglich einsetzen – im Parlament und auf der Strasse.

Die rechte Mehrheit hat in den vergangenen Jahren konsequent nach oben gebuckelt und nach unten getreten: Stets war genug Geld vorhanden für Steuersenkungen für Unternehmen und Superreiche, für Luxusstrassen und für überteuerte Subventionen an die Wirtschaftskammer. Gleichzeitig wurde die Entlastung der PrämienzahlerInnen eiskalt halbiert, und Leistungen in der Bildung und der Sozialhilfe sind abgebaut worden.

Die Rechten wollen uns damit weismachen, der gesamten Bevölkerung gehe es besser, wenn es Menschen in Schwierigkeiten, ohne Job oder ohne Ausbildung, noch schlechter geht. Das Gegenteil ist der Fall: Es geht uns allen besser, wenn es allen gut geht. Die Stärke unserer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwachen. An die Stelle von Vorrechten einiger weniger muss das Recht für alle treten: Gute Schulen ermöglichen eine bessere Ausbildung und bessere Lebensperspektiven für alle. Ein starker öffentlicher Verkehr stärkt die Vernetzung innerhalb des Baselbiets, ermöglicht kürzere Arbeitswege und fördert den Austausch. Die Senkung der Prämienlast erhöht die Kaufkraft der tiefen Einkommen und des Mittelstands, besonders der Familien. Dazu braucht es auch bezahlbaren Wohnraum für Familien ohne grosses Portemonnaie. Zur Verbesserung der Wohnqualität gehören zudem genügend Naherholungsgebiete und Grünflächen. Und wir wollen, dass das Baselbiet bezüglich erneuerbarer Energien und Umweltschutz wieder ein Pionierkanton wird.

Bei den Wahlen vom 31. März 2019 geht es um die Grundsatzfrage: Lassen wir weiterhin einen undemokratischen Wirtschaftskammer-Filz an der Macht, der eine rechte Abbaupolitik durchsetzt? Oder wollen wir ein Baselbiet, das in die Zukunft investiert? Die vorliegende Wahlplattform zeigt unseren Weg zu einem Baselbiet mit Zukunft statt Abbau auf. Damit schaffen wir gemeinsam ein lebenswertes Baselbiet für alle. Das gibt es nur mit einer starken SP. Zukunft statt Abbau – nur mit uns.

Herzlich,



Adil Koller,  
Präsident SP Baselland



# **Gute Schulen – kein Bildungs- abbau:**

**Nur mit uns!**

**Zukunft statt Abbau: Liste 2  
Kathrin Schweizer in die Regierung**

**SP**

## Ausgangslage

In den letzten Jahren haben das rechte Parlament und die rechte Regierung im Baselbiet auch im Bildungsbereich eine unverantwortliche Abbaupolitik betrieben. Es wurden grössere Klassen gebildet, Gebühren erhöht, Freifächer abgeschafft, Kompetenzen zentralisiert und generell Ressourcen gestrichen. Darunter leiden die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern.

Mit der integrativen Schulungsform sind die Anforderungen an die Lehrpersonen zusätzlich gestiegen. In vielen Schulzimmern fehlt entsprechend ausgebildetes Fachpersonal, zum Beispiel schulische HeilpädagogInnen oder zusätzliche Kräfte, die bei steigenden Ansprüchen an die Lehrpersonen unterstützend wirken können. Eine moderne, integrative Form der Sonderpädagogik braucht ausreichende Ressourcen als Grundlage. Stattdessen wurden die Ressourcen für die Spezielle Förderung und die Sonderpädagogik gekürzt und sollen durch Plafonierungen weiter reduziert werden.

Dies muss sich ändern und unsere Schulen müssen gestärkt werden. Bis heute besuchen Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien in der Sekundarschule weitaus seltener das Niveau E oder P. Entsprechend wenige schaffen den Sprung ins Gymnasium. Trotz Anstrengungen des Bundes erreichen auch heute rund 10 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger die grundlegenden Bildungsziele der Volksschule nicht, verpassen den Abschluss auf der Sek-II-Stufe und finden keinen Einstieg in die Berufsbildung.

Die Schule versagt in ihrer Aufgabe, soziale Benachteiligungen zu kompensieren. Durch den Ausbau der Selektion mittels Tests und Noten und durch die Auslagerung eines beträchtlichen Teils des schulischen Lernens an das Elternhaus mittels Hausaufgaben werden die sozialen Benachteiligungen noch verstärkt.

Der Bewertungs-, Noten- und Selektionsdruck nimmt zu. SchülerInnen, die diesem Druck nicht gewachsen sind, müssen mit zahlreichen Massnahmen schulprogrammkompatibel gemacht werden. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die an der Schule leiden, nimmt zu. Sie reagieren mit psychischen oder psychosomatischen Beschwerden, werden depressiv oder verweigern teilweise oder ganz den Schulbesuch. Dieses Leiden belastet auch ihre Familien.

Generell leiden die Schulen unter schnell wechselnden sogenannten Reformen, Vereinheitlichungstendenzen und Regulierungen. Die Lehrpersonen werden tendenziell abgewertet zu Erfüllungsgehilfen von Programmen, die anderswo entworfen und beschlossen wurden. Der Druck auf Lehrpersonen, etwa durch die zunehmende Zahl von kostenintensiven, aber wenig erkenntnissträchtigen Vergleichstests, wird an die SchülerInnen weitergegeben.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen eine starke öffentliche Schule für alle.**

Ein erstklassiges Bildungssystem für alle ist eine wichtige Voraussetzung dafür, in einer Gesellschaft mit ungleichen Chancen einen sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Wir wollen, dass alle – auch Bildungsschwache und -benachteiligte – den Zugang zu Bildung und Ausbildung finden können.

Doch im Bildungswesen geht es um wesentlich mehr als um Ausbildung, Berufschancen und die Deckung eines wirtschaftlichen Bedarfs. Bildung macht den Menschen frei. Lesen können,

sich ausdrücken können, heisst fähig werden, sich für seine Interessen einzusetzen. Bildung vermittelt die Fähigkeit, die Welt zu verstehen, sich zu verstehen, die anderen zu verstehen und tätig zu werden. Bildung ermöglicht kritisches Hinterfragen und folgerichtiges Handeln. Dieser emanzipatorische Charakter der Bildung ist notwendig für unsere demokratische Gesellschaft und die Vorbereitung des Menschen auf das Berufsleben.

Schule muss Freude machen. Schule darf anstrengend sein, aber sie darf weder Angst machen noch Leiden verursachen. Konkurrenzkampf, Leistungsdruck und Gleichmacherei schaden der Bildung.

Wir dulden deshalb keine weiteren Abbaumassnahmen in der Bildung. Im Gegenteil: Um unsere Schule zu stärken und um die Schulharmonisierung erfolgreich umsetzen zu können, braucht es massiv mehr Ressourcen.

## Unsere Forderungen

**Kostenlose Bildung:** Das Recht auf Bildung impliziert, dass alle, auf allen Bildungsstufen, unentgeltlich Zugang zur Bildung haben.

**Schulergänzende Tagesbetreuung für Chancengleichheit:** Für die Familien, die auf eine regelmässige Tagesbetreuung ihrer schulpflichtigen Kinder angewiesen sind, braucht es schulergänzende Tagesbetreuung auf Primar- und Sekundarstufe. Sie hat eine wichtige pädagogische und erzieherische Funktion und stärkt die Chancengerechtigkeit, weil Schülerinnen und Schüler dadurch unabhängig von den Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern ihre schulischen Ziele erreichen können. Tagesbetreuung braucht qualifizierte Betreuungspersonen, am besten jene Lehrpersonen, die auch für den Unterricht zuständig sind.

**Sozialer Ausgleich:** Das Bildungswesen muss den sozialen Ausgleich fördern, statt Unterschiede zu zementieren. Dass ein Teil des schulischen Lernens mittels Hausaufgaben an das Elternhaus delegiert wird, ist zu vermeiden, weil so die sozialen Benachteiligungen verstärkt werden.

**Kein weiterer Abbau in der Bildung:** Für einen qualitativ guten Unterricht braucht es genügend Lehr- und Fachpersonen auf allen Stufen sowie kompetente Schulleitungen mit genügend Ressourcen. Es darf keinen Abbau zu Lasten der Kinder und Jugendlichen sowie der Lehrpersonen geben, auch keine weiteren Lohn- und Rentenkürzungen für Lehrer-innen und Lehrer.

**Bildungsrat erhalten:** Der demokratische legitimierte Bildungsrat soll als ausgewogenes Gremium erhalten bleiben. Eine Machtkonzentration zugunsten einzelner Regierungsmitglieder gilt es zu verhindern.

**Kürzungen rückgängig machen:** In den letzten Jahren wurden an gewissen Schulen der Musik- und Schwimmunterricht gestrichen, die Klassengrössen erhöht und Klassenlager abgeschafft. Diese Kürzungen müssen rückgängig gemacht werden. Denn die in Musik, Sport und sozialen Begegnungen vermittelten Erfahrungen und Kompetenzen werden angesichts des steigenden Leistungsdrucks immer wichtiger.



Musik- und Gestaltungsunterricht sind wichtig für die Persönlichkeits- und die Gemeinschaftsbildung. Sie dürfen nicht wie bisher abgebaut, sondern müssen ausgebaut werden. Wichtig ist auch ein auf Kooperation statt Konkurrenz ausgerichteter Sportunterricht. Auch Klassenlager und andere ausserschulische Unternehmungen müssen vom Kanton weiterhin unterstützt werden.

Die schleichende Abschaffung der dritten Landessprache Italienisch und des Latein als dem Fach, das die Verbindung zum kulturellen Erbe herstellt, muss rückgängig gemacht werden. Lernwilligen SchülerInnen darf der Zugang zu diesen Fächern nicht durch die Definition einer Mindestzahl an Teilnehmenden verweigert werden.

**Integration mit genügend Ressourcen:** Die Volksschule sieht sich mit vielen neuen Anforderungen konfrontiert. Wir wollen keine Integration um jeden Preis, aber mit genügend Ressourcen. Neben Fachpersonen muss in jeder Klasse auf der Primarstufe eine Lehrpersonenassistenten (z.B. SeniorInnen oder Zivildienst-Leistende) angefordert werden können.

**Infrastruktur gewährleisten:** Die Schulhäuser sind teilweise in einem desolaten Zustand. Es gibt zu wenige Turnhallen und teilweise fehlen Schulzimmer und Arbeitsplätze für die Lehrpersonen. Unsere Schulen müssen auf den neuesten Stand gebracht werden und es müssen genügend Unterrichtsmaterialien und Ressourcen für den Unterricht zur Verfügung stehen.

**Digitalisierung nicht verpassen:** Die Digitalisierung betrifft auch die Schulen. Die Schülerinnen und Schüler müssen optimal auf die digitalen Herausforderungen vorbereitet werden. Wir fordern genügend Investitionen in die IT auf der Primarstufe und auf den Sekundarstufen I und II und genügend Mittel, um die Lehrpersonen entsprechend weiterzubilden. Digitalisierung muss zu Erleichterungen und darf nicht zu zusätzlichen Mehrbelastungen führen. Im Vordergrund muss die kritische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung stehen.

**Lifelong-learning – auch digital:** Auch ältere Menschen sollen die Möglichkeiten technischer Innovationen und der Kommunikation über die neuen Medien nutzen können, damit sie sich möglichst lange im modernen Alltag zurechtfinden. Dazu sollen entsprechende Kurs- und Bildungsangebote in der Erwachsenenbildung gefördert werden.

**Leistungschecks reduzieren:** Der Kanton soll die Anzahl der Leistungschecks, welche während der obligatorischen Schulzeit stattfinden, reduzieren. Die Checks setzen die Schülerinnen und Schüler unter massiven Leistungsdruck und haben meistens keinen pädagogischen Mehrwert. Die Durchführung der Checks kostet viel Geld und bringt für die Lehrpersonen einen Mehraufwand mit sich.

**Solidarität der Unternehmen in der Berufsbildung:** 70 Prozent aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen einen Beitrag an den Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht. Um mehr Lehrstellen zu ermöglichen, soll der Kanton Unterstützungsmöglichkeiten einrichten, wie eine Fachstelle-/Anlaufstelle für Firmen, die Plätze für Lernende anbieten, und er soll allenfalls nachhaltige Anreize schaffen.

**Schutz für Berufslernende:** Die Lehre muss nicht bloss einen Ausbildungszweck mit hohem Standard verfolgen, auch die Allgemeinbildung darf nicht zu kurz kommen. Es braucht deshalb auf kantonaler Ebene Massnahmen zum Arbeitsschutz für Berufslernende und PraktikantInnen sowie verstärkte Kontrollen der Arbeitsbedingungen durch das Berufsbildungsamt.

**Unterstützungsfonds für Weiterbildungen:** Für die Finanzierung von Weiterbildungen braucht es einen kantonalen Unterstützungsfonds. Dieser soll durch eine Abgabe von Unternehmen finanziert werden.

**Vorurteile abbauen, Realitäten der sexuellen Orientierung abbilden:** Nicht-heterosexuelle Jugendliche weisen eine erhöhte Suizidrate auf. Deshalb gilt es, die Enttabuisierung und Gleichberechtigung von LGBTQIA+-Menschen (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell, asexuell und weitere) im Schulalltag und im Unterricht konsequent zu vermitteln. Ausserdem gilt es allgemein, Geschlechternormen im Schulalltag aufzubrechen. Dafür braucht es regelmässige Weiterbildungen für alle Lehrpersonen.

**Flächendeckendes Angebot an Betreuungsstrukturen:** In jeder Gemeinde braucht es zwingend eine bezahlbare und Betreuungssicherheit bietende familienergänzende Kinderbetreuung. Sie stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ausbildung sicher. Zudem fördert sie die Integration und gleicht Benachteiligungen von Kindern aus sozial schlechter gestellten und bildungsfernen Familien aus.

**Schulsozialarbeit für alle:** Die Schulsozialarbeit muss auf allen Stufen und in jeder Gemeinde eingeführt werden. Sie hilft der Schule bei ihren wachsenden sozialen und erzieherischen Aufgaben.

**Zwangsversetzungen verhindern:** Aus Kostengründen können heute Schülerinnen und Schüler nicht in ihrer Wohngemeinde bzw. in ihrem Schulkreis zur Schule gehen, sondern müssen die Sekundarschule in einem anderen Schulkreis besuchen. Die Jugendlichen werden aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und haben erst noch eine kürzere Mittagspause. Solche Zwangsversetzungen sollen möglichst verhindert werden.

**Instrumentalunterricht für alle:** Der Instrumentalunterricht an Musikschulen in den Gemeinden kostet mehr als 1000.- Franken pro Jahr. Für viele Familien ist er nicht erschwinglich. Dabei sind eine musikalische Grundausbildung und das Beherrschen eines Instruments immens wichtig für die schulische Entwicklung eines Kindes. Neu soll der Instrumentalunterricht nach Einkommen bezahlt werden müssen. Schülerinnen und Schüler der FMS mit dem Berufsfeld Pädagogik (angehende Primarlehrpersonen) sollen einen unentgeltlichen Instrumentalunterricht geniessen.

**Schwimmunterricht fördern:** Alle Kinder sollen schwimmen können. Viele Familien können sich keinen Schwimmkurs für ihre Kinder leisten. Der Kanton soll die Gemeinden dabei unterstützen, dass sie den Schwimmunterricht fördern.

**Politische Bildung stärken:** Die Schülerinnen und Schüler der Sek I und Sek II sollen ausführlich politisch gebildet werden. Dafür führt der Kanton ein Schulfach Politik ein.

**Praxistaugliche Lehrpersonenausbildung:** In den letzten Jahrzehnten wurde die Lehrpersonenausbildung immer stärker akademisiert. Wir fordern eine praxistaugliche und auf die Bedürfnisse der SchülerInnen und zukünftigen Lehrpersonen ausgerichtete Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule.

**Hochschullandschaft Nordwestschweiz stärken:** Die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz leiden unter der Abbaupolitik der rechten Regierung unseres Kantons. Der Imageschaden ist immens und die innovative Bildungs- und Forschungsarbeit der Institutionen werden zunehmend gefährdet. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Diese beiden führenden Lehr- und Forschungsinstitutionen erfüllen einen wichtigen Bildungsauftrag in unserer Region. Die Finanzierung der gemeinsamen Trägerschaft muss längerfristig abgesichert werden und hat solidarisch und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erfolgen.

# DEMOKRATIE, RECHTSSTAAT UND SERVICE PUBLIC

## Ausgangslage

Der demokratische Rechtsstaat setzt die Beteiligung aller voraus. Er will die Teilung der Gewalten innerhalb des Staats. Und er will den Schutz der Rechte der Einzelnen vor Macht und Willkür. Der rechtsbürgerliche Populismus untergräbt zusehends diese demokratischen Grundwerte. Minderheiten werden diskriminiert. Die Unabhängigkeit der Justiz wird in Frage gestellt. Ganze Bevölkerungsgruppen, die in unserem Land aufgewachsen sind, werden systematisch von der Staatsbürgerschaft und dem Wahrnehmen ihrer demokratischen Rechte ausgeschlossen. Dazu kommt, dass im neoliberalen Politdiskurs der Staat, der die Freiheit und die Freiheitsrechte garantiert, als Feind der Freiheit schlecht geredet wird. Den staatlichen Betrieben wird die Leistungsfähigkeit und Effizienz abgesprochen. Mantramässig wird die Privatisierung von Betrieben des Service Public gefordert. Die Erfahrung der breiten Bevölkerung ist aber eine andere: Vielerorts hat die Privatisierung das Gegenteil von Wirtschaftlichkeit und Effizienz gebracht. Leistungen werden teurer, Angebote dünner, Qualität und Service schlechter. Doch die privaten Gewinne sollen dafür dicker werden.

## Grundziele der SP

**Wir wollen einen Staat, der für gleiche Rechte und Ausgleich sorgt.**

Der Staat muss nicht für alles zuständig sein. Er soll dafür sorgen, dass die Rechte einer und eines jeden geschützt sind und der Service Public aufrechterhalten bleibt. Alle sollen sich an unserer Demokratie beteiligen dürfen und die Leistungen des Service Public müssen für alle verfügbar sein. Das heisst auf der einen Seite, dass sich alle an unserer Demokratie beteiligen dürfen. Auf der anderen Seite müssen die Leistungen des Service Public allen zukommen. Sie dürfen nicht als privatisierte Angebote wenigen vorbehalten sein. Wir tragen Sorge zu diesen demokratischen Strukturen in der Politik und im Service Public, denn sie sind die Grundlage des sozialen Friedens und des wirtschaftlichen Gedeihens. Ein schwacher Staat kann kein sozialer Staat sein.

## Unsere Forderungen

**Menschenrechte und Minderheitenschutz:** Auch der Kanton Baselland muss durch Regierung und Parlament klar für den Schutz der Menschenrechte Stellung nehmen und klar gegen die Diffamierung von Minderheiten auftreten. Die Gewährleistung der gleichen Rechte für alle ist gerade in unserer Grenzregion von grosser Bedeutung.

**Ausbau der demokratischen Rechte:** Wir setzen uns konsequent ein für den Ausbau der demokratischen Rechte durch die Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters 16 und durch die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene auf Gemeinde- und Kantonsebene.

**E-Voting:** Die gesetzliche Grundlage für E-Voting ist geschaffen worden. Nun muss vertieft geprüft werden, ob E-Voting heute bereits den Sicherheitsanforderungen unserer Demokratie entspricht. Langfristig sollen alle elektronisch abstimmen und wählen können.

**Keine Privatisierung von Staatsbetrieben:** Bestrebungen, weitere staatliche Betriebe zu privatisieren, gilt es zu bekämpfen. Wo sie nicht zu verhindern sind, muss die politische Kontrolle über diese Betriebe des Service Public gewährleistet bleiben. Bereits privatisierte Betriebe gilt es wieder unter demokratische Kontrolle zu bringen.

**Faire Arbeitsbedingungen für die Kantonsangestellten:** Die Arbeit der Kantonsangestellten soll wertgeschätzt werden. Wir lehnen die «leistungsabhängige» Lohnkomponente ab. Sie zerstört den Teamgeist und hat negative Folgen für die Qualität der Arbeit. Seit Jahren erhalten Kantonsangestellte netto weniger Lohn. Die Teuerung soll endlich wieder ausgeglichen werden. Die Rentenbezügerinnen und -bezüger müssen sich auf ihre Renten verlassen können. Ausserdem gehören die Verluste bei der Pensionskasse kompensiert. Der Kündigungsschutz darf nicht gelockert werden.

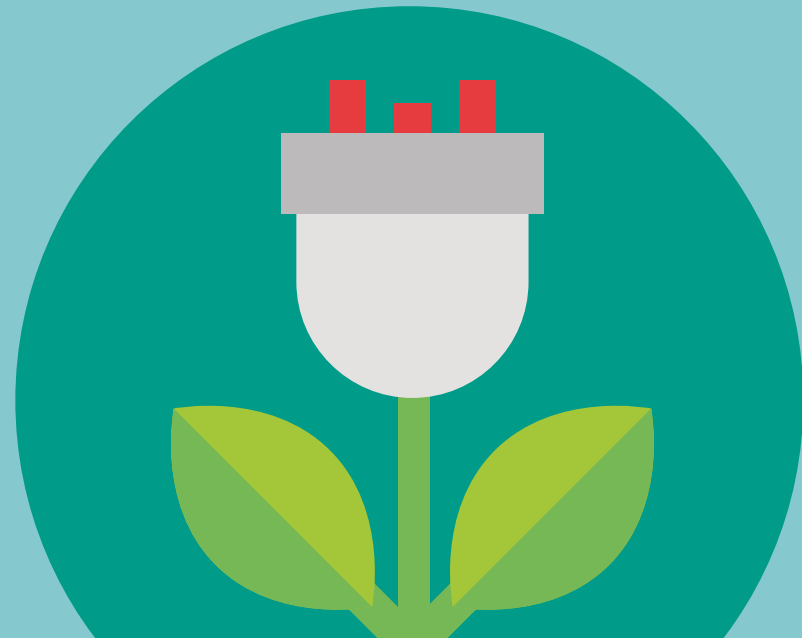
**Transparenz in der Parteienfinanzierung:** Es braucht Transparenz in der Parteienfinanzierung. Wir fordern, dass Parteien und Komitees dazu verpflichtet werden, ihre Budgets und Geldquellen offenzulegen.

**Mit Transparenz gegen Wirtschaftskammer-Filz:** Die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton muss nachhaltig, ökologisch, ökonomisch sowie demokratisch gesteuert werden, damit die Interessen der ganzen Bevölkerung gewahrt bleiben. Verflechtungen von Wirtschaftsverbänden, einzelnen Unternehmen, Kanton und Gemeinden müssen offengelegt werden.

**Keine menschenverachtenden Investitionen durch staatsnahe Betriebe:** Staatsnahe Betriebe sowie die Pensionskasse dürfen nicht mehr in Unternehmen investieren, welche Menschenrechte, Umweltstandards sowie die Rechte der ArbeitnehmerInnen nicht einhalten und/oder in Kriegsgeschäften engagiert sind.

**Keine menschenverachtenden Unternehmen im Kanton:** Der Regierungsrat soll sich in Bern für eine Regelung einsetzen, die es ermöglicht, Unternehmen, welche ihren Hauptsitz im Kanton haben, zu verpflichten, auch im Ausland Menschenrechte, Umweltstandards sowie die Rechte der ArbeitnehmerInnen einzuhalten.

**Service Public erhalten und ausbauen:** Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Angebote des Service Public nicht ausgehöhlt, sondern ausgebaut werden. Ein guter Service Public braucht gutes Personal und damit gute Arbeitsbedingungen. Das Poststellennetz muss im ganzen Kanton erhalten bleiben, auch in den Randregionen. Die Versorgungsnetze für Strom und Wasser dienen als öffentliche Güter der Allgemeinheit und nicht dem Profitstreben von Investoren. Der öffentliche Verkehr muss, mit genügend Angeboten, allen dienen - auch in den Randregionen. Die Polizei braucht genügend Ressourcen, um die Verbrechensbekämpfung erfolgreich gewährleisten zu können.



# **Unseren Lebensraum schützen:**

**Nur mit uns!**

**Zukunft statt Abbau: Liste 2  
Kathrin Schweizer in die Regierung**

**SP**

# ENERGIE UND KLIMA

## Ausgangslage

Die Zeiten, in denen das Baselbiet energie- und umweltpolitisch zu den Pionierkantonen zu zählen war, liegen leider schon Jahrzehnte zurück. Seit 2017 ist nun das neue Baselbieter Energiegesetz in Kraft. Es enthält zwar einige Neuerungen sowie recht anspruchsvolle Zielsetzungen. Zur Erreichung derselben fehlen im Gesetz wichtige Massnahmen aus den neusten «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKE). Diese müssen vom Landrat nun durch Anpassungen im Energiedekret umgesetzt werden.

Die aktuelle Energiepolitik des Bundes und der Kantone basiert in vielen Bereichen auf der freiwilligen Umsetzung von Massnahmen. Mit Förderbeiträgen sollen Gebäudebesitzer und Betriebe zur Realisierung dieser Massnahmen motiviert werden. Beim Bund stehen neu jährlich 450 Mio. Franken aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe bereit, die für Energiefördermassnahmen an die Kantone verteilt werden. Mit jedem kantonalen Förderfranken können in Zukunft zwei Förderfranken aus dem Bundestopf in den jeweiligen Kanton gelenkt werden. Nach der Ablehnung der Energieabgabe müssen im Baselbiet andere Wege gefunden werden, damit der Kanton auch in Zukunft Fördergelder beschliessen kann. Nur so können Baselbieter Hauseigentümer und Betriebe von nennenswerten Beiträgen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe profitieren.

## Grundziele der SP

**Das Baselbiet muss wieder ein fortschrittlicher Energiekanton werden.**

Eine gesunde Umwelt ist unsere Lebensgrundlage. Wir müssen auch für die kommenden Generationen Sorge dazu tragen. Dieser Wandel darf nicht auf Kosten der finanziell Schwächeren vollzogen werden, denn mit der jetzigen Energiepolitik verdienen sich internationale Konzerne eine goldene Nase. Diese Milliardengewinne müssen hierzulande in Solar- und Windanlagen, in Wärmepumpen, Plusenergiehäuser und energieeffiziente Betriebe investiert werden. Ein Umsteigen auf erneuerbare Energien und der verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen schonen daher nicht nur Umwelt und Klima, sondern führen durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen auch zu mehr Wertschöpfung und Wohlstand in unserem Kanton.

## Unsere Forderungen

**Zügige Umsetzung geltender Vorschriften:** Das kantonale Energiegesetz ist konsequent umzusetzen. So bieten die neuen Energiesparvorgaben den Grossverbrauchern eine gute Möglichkeit, um einen energieeffizienteren und langfristig günstigeren Betrieb erreichen zu können. Dazu muss die kantonale Energieberatung verstärkt werden.

**Energiedekret ausbauen:** Der Landrat muss die im Energiegesetz noch fehlenden Massnahmen der «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKE) zügig im Energiedekret ergänzen und so die Umsetzung ermöglichen.

**Finanzierung der Baselbieter Förderbeiträge sicherstellen:** Beispielsweise mittels Gesetzesanpassung muss möglichst schnell wieder sichergestellt werden, dass der Kanton Energieförderbeiträge finanzieren und so von den 450 Mio. Franken CO<sub>2</sub>-Abgaben des Bundes profitieren kann. Jeder Förderfranken des Kantons löst zwei Franken Fördergelder des Bundes aus. Insgesamt

samt können so Investitionen im Umfang von 15 bis 20 Mio. CHF ausgelöst werden, und damit wird Arbeit für Firmen in unserem Kanton geschaffen.

**Förderbeiträge deutlich erhöhen:** Damit noch mehr Hauseigentümer und Betriebe freiwillig ihre Gebäude isolieren und erneuerbare Heizungen einbauen, müssen die Beiträge für konkrete Massnahmen deutlich angehoben werden.

**Kanton als Vorbild:** Wir setzen uns bei den künftig anstehenden Investitionsvorhaben des Kantons dafür ein, dass der Kanton bei eigenen Bau- und Sanierungsprojekten eine energietechnische Vorbildrolle einnimmt. Der Verbrauch fossiler Energieträger seitens der Verwaltung ist schrittweise zu stoppen. Das kantonale Baugesetz soll so gestaltet werden, dass bei Neubauten aller Art das Energiesparen und die Aufbereitung von Strom, Wärme und Warmwasser mit erneuerbaren Energien attraktiv werden.

**Taskforce Fussabdruck 1:** Der sogenannte ökologische Fussabdruck muss auf unter eine Erde reduziert werden. Dazu soll der Kanton eine fachkompetente Taskforce einsetzen, die spezifische Massnahmen zuhanden des Parlaments und der Regierung ausarbeitet.

**Förderung des sozial-ökologischen Unternehmertums:** Unternehmen, für die der gesellschaftliche Nutzen ihrer Arbeit mehr zählt als die Gewinnerzielung und die durch ihre Überschüsse hauptsächlich diese gesellschaftlichen Ziele erreichen, sollen vom Staat gefördert werden.

**Eine saubere Luft:** Die Richtlinien bei CO<sub>2</sub>-/Schadstoffemissionen sollten verschärft werden, und gegen Verstösse ist härter vorzugehen.



## Ausgangslage

Die finanzielle Lage des Kantons ist seit Jahren angespannt. Die rechtsbürgerliche Steuersenkungspolitik bei der Erbschaftssteuer und bei der Unternehmenssteuer hat Einnahmenverluste von über 100 Mio. CHF pro Jahr mit sich gebracht. Seit mehr als 10 Jahren drückt die rechte Mehrheit diverse Kürzungsprogramme in der Bildung, beim öffentlichen Verkehr und der sozialen Sicherheit durch. Diese Abbaupolitik und die damit ausgelöste Verunsicherung lassen kaum mehr Raum für eine positive Gestaltung der Zukunft. Verschärft wird diese Tendenz dadurch, dass der Kanton sich nach wie vor am ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen orientiert und sich bei der Sanierung des Haushalts weiterhin auf Ausgabenkürzungen fixiert, statt verantwortungsvoll Ausgaben und Einnahmen zu überprüfen.

Im Aufgaben- und Finanzplan 2018-2021 rechnet die Regierung zwar nun mit schwarzen Zahlen. Doch diese Prognosen sind trügerisch und der Preis dafür ist zu hoch. Etwa, wenn die «Entlastungen», also Kürzungen, bei Bildung und Kultur bis 2021 jährlich bis auf annähernd 29 Mio. steigen. Symptomatisch sind auch die Kürzungen von mehr als 30 Mio. CHF pro Jahr bei den Prämienverbilligungen. Diese treffen vor allem Leute mit kleinen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien, die so die «Sanierung» finanzieren. Diese Politik mit weiteren Abbaumassnahmen beim ÖV, beim Umweltschutz und beim Personal in allen Bereichen richtet sich aber nicht nur gegen breite Bevölkerungskreise. Sie zerstört auch wichtige Standortfaktoren wie Infrastruktur, Fachausbildung, Lebensqualität und Sicherheit. Die Kosten werden auf die Gemeinden und auf die privaten Haushalte abgewälzt, Investitionen sind aufgeschoben worden. Besonders schwerwiegend ist, dass auch Verpflichtungen im Rahmen von Staatsverträgen geändert werden und das Baselbiet zu einem unzuverlässigen Partnerkanton geworden ist. Für die Steuergeschenke für wenige müssen alle bezahlen – die ganze Bevölkerung und die ganze Region.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen den Kahlschlag bei den Kantonsfinanzen stoppen.**

Dass die Finanzen unseres Kantons saniert werden müssen, steht ausser Frage. Diese Sanierung darf aber nicht auf dem Rücken der breiten Bevölkerung geschehen, wie das mit der Abbaupolitik der rechten Mehrheit passiert. Die Politik darf nicht einäugig nur die Ausgaben ins Auge fassen, sondern muss auch auf der Einnahmenseite Massnahmen ergreifen. Sie muss zudem alle Massnahmen auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüfen. Die Abbaupolitik wird uns mittelfristig teuer zu stehen kommen. Steuern sind nicht nur nötig für die Rückverteilung von oben nach unten, sie finanzieren auch die Dienstleistungen für die ganze Bevölkerung. Diese Dienstleistungen müssen daran gemessen werden, ob sie für möglichst viele einen Nutzen bringen und ob sie nachhaltig sind. Alle müssen diese Dienstleistungen gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mitfinanzieren. Bezahlen sollen besonders jene, welche von der Arbeit anderer profitieren. Deshalb kommt es für uns auch nicht in Frage, Unternehmen noch mehr zu entlasten, im Gegenteil. Denn immer mehr Kosten werden über Gebühren oder faktische Kopfsteuern (z.B. Krankenkassenprämien) gedeckt, die vor allem Familien sowie untere und mittlere Einkommen belasten und nicht einkommensabhängig sind.

## Unsere Forderungen

**Keine ungerechten Steuergeschenke für Wohlhabende:** Die Umsetzung der SV17 (Neuaufgabe Unternehmenssteuerreform III) im Kanton muss ertragsneutral erfolgen, es soll keine Ertragsausfälle geben. Sie darf deshalb keine erneuten Steuergeschenke mit sich bringen. Auch bei der Vermögenssteuer dürfen keine Steuerkürzungen gemacht werden.

**Steuern statt unsolidarische Gebühren:** Progressive Steuern sorgen für die Rückverteilung von gemeinsam erarbeitetem Wohlstand. Das Baselbieter Steuergesetz darf deshalb nicht unsolidarischer werden. Wir wollen, dass es keine weiteren Gebührenerhöhungen gibt, denn diese belasten tiefe Einkommen proportional stärker als hohe Einkommen.

**Eine Mehrwertabgabe als wichtige Einnahmequelle:** Der Kanton soll endlich die Mehrwertabgabe einführen und einen einheitlichen Abgabesatz von mindestens 50% festlegen. Wir wollen, dass die Erträge der Mehrwertabgabe angemessen zwischen Gemeinden und Kanton aufgeteilt werden. Ein Teil der Mehrwertabgabe soll dafür eingesetzt werden, öffentliche Erholungsräume wie Grünflächen oder Spielplätze zu schaffen.

**Hohe Erbschaften wieder anständig besteuern:** Die SP setzt sich dafür ein, dass die Erbschaftssteuer auf Millionenerbschaften wieder eingeführt wird. Dies gibt dem Kanton finanziellen Handlungsspielraum zurück und stärkt die Chancengerechtigkeit.

**Mehr Finanz- und Steuersolidarität:** Die Steuerkonkurrenz zwischen den Gemeinden muss eingeschränkt und möglichst unterbunden werden. Es braucht auch neue Ausgleichsmassnahmen, zum Beispiel im Bereich der unterschiedlich hohen Sozialhilfeausgaben.

**Steuerwettbewerb einschränken:** Der Kanton muss sich auch auf nationaler Ebene für eine Steuerharmonisierung einsetzen. Es kann nicht sein, dass sich die Kantone mit tiefen Steuern die guten SteuerzahlerInnen und Grossunternehmen abwerben, deswegen alle Defizite schreiben und die tiefen und mittleren Einkommen stärker belasten müssen.

**Mehr Einnahmen durch mehr Personal bei den Steuerrevisionen:** Durch Einstellen von qualifiziertem Personal beim Prüfen der Veranlagungen bei Selbständigerwerbenden und juristischen Personen können die Steuereinnahmen erhöht und die Steuerhinterziehung bekämpft werden. Das ist in anderen Kantonen erfolgreich erprobt worden.

**Generationengerechte Investitionspolitik:** Das Baselbiet braucht eine mutige und generationengerechte Investitionspolitik. Der Kanton muss Investitionen auch durch Schulden finanzieren, weil diese Finanzierung generationengerecht ist: So bezahlen jene Generationen die Investitionen durch Abschreibungen und Zinsen, die auch davon profitieren.

**Kapitaleinkommen angemessen besteuern:** Ein zunehmender Teil der ausbezahlten Einkommen wird heute nicht als Lohn vergeben, sondern fliesst in Form von Kapitaleinkommen in die Taschen der Besitzenden. Wir verlangen eine Rückverteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstands an die gesamte Bevölkerung. Kapitaleinkommen müssen deshalb mindestens 1.5mal so stark besteuert werden wie Arbeitseinkommen.

**Keine Abwälzung der Kosten auf die Gemeinden:** Die verfehlte Finanzpolitik der Rechten darf nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. Die SP stellt sich gegen die einseitige Verlagerung von Kosten auf die Gemeinden, wie das heute z.B. mit erhöhten Kosten für Dienstleistungen der Polizei oder auch Kürzungen im Sozialbereich zulasten der Sozialhilfe gemacht wird. Eine nachhaltige und solidarische Sanierung der Finanzen sieht anders aus.

# GESELLSCHAFT UND SOZIALES

## Ausgangslage

Die rechtskonservativen Kräfte haben heute das Parlament und die Regierung fest im Griff und treiben ihre Abbaupolitik voran. Darunter leiden Familien, verarmte ältere Personen, Junge und Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Den Anliegen einer nachhaltigen und wirksamen Familienpolitik wird nicht Rechnung getragen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen, die Einfluss auf Familien- und Erziehungsmodelle haben, werden weder anerkannt noch angegangen. Soziale Aufgaben werden nur als Kostentreiber betrachtet und auf ein Minimum reduziert. Eine proaktive und innovative Sozialpolitik im Sinne von sozialen Investitionen in die Zukunft hat keine Chance. Die Krankenkassenprämien steigen jährlich drastisch an. Sie belasten heute das Budget der Wenig- und Normalverdienenden übermässig. Gesellschaftliche Veränderungen finden keinen Eingang in die Politik. Es droht eine Entsolidarisierung der Generationen: Junge Menschen erleben, dass ihre Rechte zunehmend beschnitten und die Erwartungen an sie nur noch hochgeschraubt werden.

Die Abbaulogik der Bürgerlichen ist einfach: Sie nehmen das Geld bei den Menschen, die sich am wenigsten wehren können. Das sind oft auch jene, die aufgrund ihrer Gesundheit, wegen Schicksalsschlägen oder wirtschaftlichen Umwälzungen ihren Lebensunterhalt vorübergehend oder dauerhaft nicht durch Lohnarbeit finanzieren können. Diese Menschen sind auch ein Teil unserer Gesellschaft und haben ein Recht auf ein würdiges Leben.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen ein Leben in Würde für alle.**

Ein tragfähiges soziales Netz ist für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft die Grundvoraussetzung. Alle haben Anrecht auf soziale Sicherheit. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine sichere Altersvorsorge. Die Unterstützung im Alter durch die öffentliche Hand soll nicht als Almosen, sondern als Anerkennung für Leistungen eines ganzen Lebens an die Gemeinschaft verstanden werden (Generationenvertrag).

Familien müssen in ihrer ganzen Vielfalt unterstützt werden. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. In einer modernen, fortschrittlichen Gesellschaft braucht es neue Modelle des Zusammenlebens der Familie, der Arbeit und der Gemeinschaft. Nur so kann Gleichberechtigung und Gerechtigkeit ermöglicht und gelebt werden.

## Unsere Forderungen

**Zahlbare Krankenkassenprämien:** Neben den Mietkosten sind heute die Krankenkassenprämien die grösste finanzielle Belastung für untere und mittlere Einkommen. Da braucht es dringend Entlastung. Die SP-Prämien-Initiative verlangt, dass die Prämien maximal 10% des Haushaltsbudgets ausmachen dürfen. Um das zu erreichen, sollen die individuellen Prämienverbilligungen erhöht werden.

**Ergänzungsleistungen für Familien:** Um zu verhindern, dass armutsgefährdete Familien Sozialhilfe beanspruchen müssen, braucht es Ergänzungsleistungen für Familien. Wir bekämpfen Kinderarmut!

**Sozialhilfebeiträge erhöhen:** Sozialhilfebeiträge müssen den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen. Deshalb setzt sich die SP für eine Erhöhung der Sozialhilfebeiträge ein und stellt sich entschieden gegen deren Kürzung.

**Unterstützungsmöglichkeiten sichtbar machen:** Die Fachstellen (z. B. die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt oder die Fachstelle Kindes- und Jugendschutz) sind wichtig und leisten hervorragende Arbeit. Sie sollen deshalb der breiten Öffentlichkeit durch eine Informationskampagne vermehrt bekannt gemacht werden. Wenn sie sichtbarer werden, sinkt die Hemmschwelle, mit ihnen in Kontakt zu treten.

**Alternative Wohnformen im Alter:** Es braucht neue Wohnformen, insbesondere in der dritten und vierten Lebensphase bzw. nach der Pensionierung. Aktive Prävention und Erhalt von Lebensqualität können so möglichst früh beginnen. Heute reicht die normale Vorsorge für die meisten HeimbewohnerInnen im Alter nicht mehr, über die Hälfte muss regelmässig Ergänzungsleistungen beziehen.

Betreutes Wohnen kann in verschiedenen Formen realisiert werden und so teure Heimkosten einsparen. Es sind vermehrt Familienwohnungen, Grosshaushalte, genossenschaftliche Wohnungen und SeniorInnenwohnungen mit staatlicher Unterstützung (Gemeinde, Kanton) anzubieten. Die Wohnmöglichkeiten müssen auch für Menschen erschwinglich sein, die Ergänzungsleistungen beziehen. Die notwendige Alltagsunterstützung durch die Spitex und durch gemeinnützige Dienstleistungen soll individuell nach Bedarf und kostengünstig erbracht werden.

**Schulergänzende Tagesbetreuung für Chancengleichheit:** Tagesschulen stärken die Chancengleichheit, weil das Entwicklungspotential von Schülerinnen und Schülern weniger stark vom Bildungsgrad und den Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern abhängt. Der Zugang zu schulergänzender Tagesbetreuung soll deshalb für alle kostenfrei sein und über unser solidarisches Steuersystem finanziert werden. Zusätzlich braucht es Mittagstisch-Angebote und Nachmittagstrukturen zur flexiblen Unterstützung von Familien und erwerbstätigen Eltern.

**Familienergänzende Betreuung (FEB) für alle:** Es braucht einen Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote, so dass alle Eltern, die für ihre Kinder einen geeigneten Betreuungsplatz benötigen, einen solchen an ihrem Wohnort finden. Die Betreuungsangebote müssen bezahlbar sein, so dass niemand dazu gedrängt wird, zu Hause zu bleiben, nur weil die Betreuungskosten den gesamten zusätzlichen Lohn wegfressen.

**Mietzinsbeiträge ausbauen:** Für Menschen mit kleinem Einkommen sind die Mietkosten oft ein sehr grosser Anteil ihrer Fixausgaben und stellen für ihr bescheidenes Budget eine übermässige Belastung dar. Mietzinsbeiträge sollen Betroffene zusätzlich finanziell unterstützen.

**Freiräume für die Jugend:** Jugendliche sind einem sehr starken Konsumdruck ausgesetzt. Sie brauchen Orte und Räume, an denen sie sich treffen und entfalten können – sozial, kulturell, künstlerisch, politisch und musikalisch. Im Kanton Baselland gibt es zu wenig Jugendarbeit und Jugendtreffs. Solche Angebote müssen zur Pflichtaufgabe für Gemeinden oder Gemeindeverbände werden.

**Angebote für ältere Menschen:** Kurse und Kontaktmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren erhöhen generell deren Lebensqualität und sollen breit gefördert und unterstützt werden.

**Liberaler Drogenpolitik:** Cannabis soll legalisiert werden. Dies ermöglicht eine Kontrolle des Handels und vereinfacht die Präventionsarbeit.

**Flexiblere Handhabung der Nachtruhe:** Mit der heutigen Handhabung der Nachtruhe wird schon kleiner Lärm als Nachtruhestörung eingestuft. Es braucht am Wochenende flexiblere Richtlinien.

**Mindestlohn für alle:** Der Kanton Baselland setzt sich auf nationaler und kantonaler Ebene für Mindestlöhne und Normal-Arbeitsverträge in allen Branchen ein.



# **Bezahlbare Krankenkassen- prämien für alle:**

**Nur mit uns!**

**Zukunft statt Abbau: Liste 2  
Kathrin Schweizer in die Regierung**

**SP**

# GESUNDHEIT

## Ausgangslage

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen und steigen. Und zwar nicht nur für den Staat bei den Betriebskosten der Spitäler, sondern vor allem auch für die Bevölkerung. Wir spüren das bei den Krankenkassenprämien und bei den Arzt- und Pflegekosten. Das unsoziale System der einheitlichen Kopfprämien bei den Krankenkassen ist besonders ungerecht, vor allem, wenn der Kanton die Prämienverbilligungen um mehr als die Hälfte kürzt, wie das in den letzten Jahren im Baselbiet geschehen ist.

In unserer Region muss in erster Linie eine gemeinsame, regionale Spitalplanung erarbeitet und umgesetzt werden. Das Überangebot an Spitalbetten muss abgebaut werden – auch wenn die Konsequenzen an einzelnen Standorten hart sind. Zudem muss der ambulante Bereich gegenüber dem stationären priorisiert werden. Nur so lassen sich die Spitalkosten längerfristig eindämmen.

## Grundziele der SP

**Wir wollen, dass Gesundheit für alle bezahlbar ist.**

Wir brauchen eine qualitativ hochstehende, soziale Gesundheitsversorgung. Diese muss für alle zahlbar sein und darf nicht zu einer Zweiklassenmedizin führen. Prämienverbilligungen müssen dafür sorgen, dass die Krankenkassenprämien nicht mehr als 10% des Haushaltsbudgets ausmachen.

Damit die Kosten nicht weiter explodieren, braucht es regionale Lösungen. Die Zusammenarbeit des Kantonsspitals Baselland mit dem Universitätsspital Basel in einer gemeinsamen Spitalgruppe ist notwendig. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau von Präventionsangeboten sind unverzichtbar und wirken sich auf die Dauer ebenfalls kostensenkend aus.

Die Gemeinden dürfen bei der Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der ambulanten Versorgung und bei der Pflege im Alter vom Kanton nicht allein gelassen werden. Bemühungen um Kostensenkungen dürfen zudem nicht dazu führen, dass Care-Arbeit in die private Sphäre abgewälzt wird. Besonders ist auch darauf zu achten, dass die im sozialen Netz von Familie und Nachbarschaft geleistete Care-Arbeit unterstützt und in angemessenem Rahmen honoriert werden kann.

Ein Grossteil der Care-Arbeit wird heute unentgeltlich von Frauen\* geleistet. Die SP setzt sich ein für eine gerechtere Verteilung und Anerkennung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern.

## Unsere Forderungen

**Ja zur Prämienverbilligung:** Gesundheit muss bezahlbar sein. Deshalb braucht es einen Ausbau der Prämienverbilligungen, damit niemand mehr als 10% des Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss.

**Regionale Spitalplanung realisieren:** Die seit Langem notwendige regionale Spitalplanung muss mit höchster Priorität umgesetzt werden. Ein Abbau von Überkapazitäten wirkt kostensenkend. Dies wirkt sich auch auf die Höhe der Krankenkassenprämien aus.



**Keine Privatisierung der gemeinsamen Spitalgruppe:** Die Bildung einer gemeinsamen Spitalgruppe aus dem Universitätsspital BS und dem Kantonsspital BL muss in Form einer Aktiengesellschaft mit öffentlichem Zweck im Eigentum der öffentlichen Hand erfolgen. Eine Privatisierung kommt nicht in Frage.

**Gute Arbeitsbedingungen in den Spitälern:** Auf dem Buckel des Personals dürfen keine Kosten gesenkt werden. Zu den Arbeitsbedingungen, zur Sicherheit und zur Qualität braucht es klare Aussagen des Kantons in der Eigentümerstrategie. Da mit der Eigentümerstrategie nur das Kantonsspital erfasst wird, müssen, im Falle einer Aufnahme in die Spitalliste, auch für private Spitäler Bedingungen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, die Sicherheit und die Qualität gelten.

**Hochstehende Pflege:** Die SP Baselland möchte eine qualitativ hochstehende Pflege für alle und Pflegende, welche ihren Beruf mit Freude ausüben können. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht weiter unverhältnismässig Pflegestellen reduziert und Fachpersonal durch Hilfskräfte ersetzt werden. Wir sind davon überzeugt, dass diese Massnahmen dem drohenden Pflegenotstand etwas entgegenwirken und auch Gesundheitskosten gedämmt werden könnten.

**Förderung von Hausärzten und Einrichtung von Gesundheitszentren:** Der Kanton soll das Hausarztsystem fördern. Ergänzend dazu soll er prüfen, ob und wie Gesundheitszentren eingerichtet werden können. Solche gibt es in der Romandie bereits. Sie haben in der Prävention eine wichtige Aufgabe, sind Anlaufstellen für kleinere und grössere medizinische Fragen und haben eine wichtige Funktion in der Primärversorgung. Wichtig ist aber auch der soziale Aspekt, gerade in Bezug auf Menschen am Rand der Gesellschaft. Diese finden im Gesundheitszentrum eine Anlaufstelle.

**Care-Arbeit honorieren:** Einer der wichtigsten Beiträge zur Dämpfung der Gesundheitskosten ist die in den sozialen Netzen von Familie und Nachbarschaft geleistete Care-Arbeit. Diese muss die Wertschätzung erhalten, die sie verdient. Private Dienstleistungen in diesem Bereich müssen anständig honoriert und arbeitsrechtlich sauber abgewickelt werden.

**Gerechte Verteilung von Pflege- und Betreuungsarbeit:** Ein grosser Teil der Pflege- und Betreuungsarbeit wird heute unentgeltlich von Frauen\* geleistet. Diese Leistungen müssen endlich als vollwertige Arbeit anerkannt und honoriert werden. Die SP setzt sich ein für eine gerechte Verteilung der Pflege- und Betreuungsarbeit und unterstützt entsprechende Massnahmen, welche die Gleichstellung in der Arbeitswelt sicherstellen und die Vereinbarung von Beruf und Familie erleichtern.

**Faire Arbeitsbedingungen für Angestellte in Privathaushalten:** Immer mehr Privatpersonen beschäftigen Angestellte zur Verrichtung von Pflege- und Betreuungsarbeiten im Haushalt. Häufig handelt es sich hierbei um ausländische Frauen\*, die zu Niedrigslöhnen ein enorm hohes Arbeitspensum bewältigen. Hier braucht es verbindliche Standards, die Betroffene von prekären Arbeitsbedingungen schützen und ihnen ein Leben in Würde garantieren.

**Höhere Priorität für den ambulanten Bereich:** Wir fordern eine Verbesserung der Möglichkeiten, stationäre Spitalaufenthalte durch gute externe Betreuungsangebote zu verkürzen. Dies

darf aber nicht zuungunsten von PatientInnen geschehen, für die eine stationäre Betreuung (vielleicht nur psychisch) wichtig ist. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass die Umstellung auf ambulante Behandlungen nicht zu einer Abwälzung von Pflegearbeiten in die private Sphäre führt.

**Prävention ausbauen statt abbauen:** Die Präventionskampagnen und Beratungsaufgaben im Allgemeinen sowie für spezifische Bevölkerungsgruppen müssen aufrechterhalten und ausgebaut werden. Sie dürfen nicht einer kurzsichtigen Abbaupolitik zum Opfer fallen, die uns später teuer zu stehen kommt.

**Kombinierte Wohn- und Betreuungsangebote:** Für das Leben im Alter und für Menschen mit Beeinträchtigungen braucht es neue Wohnformen, die Wohnen und Betreuung kombinieren und bezahlbar sind.

**Förderung des Bewusstseins gesunder und regional produzierter Ernährung:** Eine einseitig ausgerichtete Ernährung ist einer der häufigsten Ursachen von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Sie gefährdet unsere Gesundheit nachhaltig und die daraus resultierenden Kosten belasten unser Gesundheitssystem tiefgreifend. Der Kanton unterstützt deshalb alle Massnahmen, die zur Aufklärung über eine gesunde, ausgewogene wie auch regional produzierte Ernährung beitragen.

# GLEICHSTELLUNG

## Ausgangslage

In unserer Gesellschaft werden Frauen\* und Männer\* noch immer ungleich behandelt. Frauen\* verdienen weniger Lohn, besitzen kaum Vermögen und haben weniger Rente, obwohl sie seit 1981 in der Verfassung den Männern\* gleichgestellt sind. Sie sind in politischen Ämtern und in wirtschaftlichen Führungsgremien untervertreten, obwohl sie seit 1971 das Stimm- und Wahlrecht haben. Sie verrichten noch immer den grössten Teil der unbezahlten Pflege- und Betreuungsarbeit im Privaten, was zu einer mehrfachen finanziellen Benachteiligung führt. Männer\* müssen gleichzeitig die Ernährerrolle leben, sie erhalten bspw. nach der Geburt ihres Kindes nur einen Tag frei (wie bei einem Umzug). Anstatt dass es mit der Gleichstellung vorangeht, rücken die Frauen\*- und Gleichstellungsanliegen durch den weltweiten Rutsch nach rechts und durch das Aufsteigen von Nationalismus und Rassismus vermehrt in den Hintergrund, und sie werden lächerlich gemacht. Darunter leiden Menschen mit Migrationshintergrund und lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, queere, intersexuelle und asexuelle Menschen (LGBTQIA+) genau gleich wie Frauen\*. Wer nicht den klischierten Rollenbildern gerecht wird, erlebt Sexismus und Diskriminierung. Die Schweiz hat in Sachen Gleichberechtigung grossen Nachholbedarf. Die Suizidrate homosexueller Jugendlicher ist frappant höher als bei heterosexuellen, und sie erleben auf offener Strasse Diskriminierung und Gewalt.

## Grundziele der SP

**Wir wollen die ökonomische, politische und kulturelle Gleichberechtigung aller Geschlechter.**

Das bedeutet, dass Frauen\* und Männer\* für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn verdienen. Frauen\* und Männer\* teilen sich die Care-Arbeit (Pflege- und Betreuungsarbeit) gleichberechtigt. Moderne Familienstrukturen werden durch gute Betreuungsangebote und Tagesschulen ermöglicht. Die Vereinbarung von Beruf und Familie funktioniert, und Frauen\* finden in Politik und Verwaltung genügend Repräsentation. Menschen werden weder aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, noch aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert. Queere Menschen stossen auf Akzeptanz und Unterstützung in unserer Gesellschaft. Homo- und Transphobie dürfen keinen Platz haben.

## Unsere Forderungen

**Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit:** Frauen\* müssen für gleiche Arbeit gleich viel verdienen wie Männer\*. Typische Frauen\*- sowie Männer\*-Berufe verdienen eine Gleichbewertung. Dazu braucht es Lohntransparenz, Geschlechterquoten für Kader und flexible Arbeitszeitmodelle – in der kantonalen Verwaltung und in der Privatwirtschaft. Der Kanton Baselland soll die Charta für Lohngleichheit des Bundes endlich unterzeichnen und umsetzen.

**1% der Lohnsumme für die Vereinbarkeit:** Unternehmen profitieren beim Ausbau einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik mit einem Return on Investment von 8%, wie verschiedene Studien gezeigt haben. Heute wird aber der grösste Teil der Kosten für die Betreuungsangebote durch die Eltern getragen. Deshalb sollen neu 1% der Lohnsumme durch die Unternehmen an eine Stiftung eingezahlt werden, die mit zusätzlichen staatlichen Mitteln die Betreuungsangebote (FEB-Angebote) koordinieren soll.

**Einführung eines 4-wöchigen Vaterschaftsurlaubs:** Die Geburt eines Kindes ist ein grosser Schnitt im Leben der Eltern. Für einen gelungenen Start braucht es präparate Eltern. 90% der Schweizer Männer\* wollen mehr Zeit und Flexibilität, um mehr für ihre Kinder da sein zu können. Wir fordern die gesetzliche Verankerung eines 20-tägigen Vaterschaftsurlaubs in der Verordnung über den Elternurlaub und langfristig einen Elternurlaub, der zwischen Mutter und Vater aufgeteilt werden kann. Auch bei der Adoption eines Kindes sollen die Eltern Anspruch auf einen Elternurlaub haben.

**Jobsharing auf allen Stufen und mehr Teilzeitarbeit:** Auf allen Stufen der Kantonsverwaltung soll es ein Recht auf Jobsharing und Teilzeitarbeit geben. Der Kanton soll mit solchen Massnahmen auch eine Vorreiterrolle für Gemeinden und für die Privatwirtschaft übernehmen.

**Vielfalt fördern:** Der Kanton hat für die Privatwirtschaft eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Bis in 10 Jahren soll eine ausgeglichene Vertretung aller Geschlechter auf allen Kaderstufen in der Verwaltung verwirklicht werden.

**Freiwilligenarbeit unterstützen:** In unserer Region gibt es einige sehr engagierte Gleichstellungsprojekte, die von Freiwilligen initiiert und aufgebaut wurden. Bereits bestehende Fördergelder für Jugendprojekte sollen aufgestockt und verstärkt im Bereich Gleichstellung und LGBTQIA+-Themen eingesetzt werden.

**Care (Sorge) ermöglichen:** Care-Arbeit steht für Pflege- und Betreuungsarbeit. Der Grossteil wird heute unbezahlt von Frauen\* geleistet. Dies führt zu weniger Einkommen, weniger Anerkennung, weniger Schutz und weniger Rente im Alter. Dieser mehrfachen Benachteiligung muss ein Ende gesetzt werden. Als erster Schritt sollen bezahlte Freitage für Notfall-Pflege und bezahlter Sozialurlaub von bis zu zwei Wochen bei anhaltender Pflegebedürftigkeit emotional nahestehender Angehöriger gesetzlich festgehalten werden.

**Ausbau des Auftrags des Büros für Gleichstellung:** Die Arbeit des Büros für Gleichstellung soll sich nicht auf das binäre Geschlechterverständnis von Frauen\* und Männern\* beschränken, sondern sich dank zusätzlichen Ressourcen mit LGBTQIA+-spezifischen Themen auseinandersetzen können.

**Transmenschen während der Transition unterstützen:** Transpersonen greifen auf Namensänderungen zurück, um bereits während der Transition (Umwandlung) mit dem neuen Namen im Privaten und Öffentlichen leben zu können. Bürokratische Hürden sollen minimiert und schikanöse Voraussetzungen für die Namensanpassung, wie die Hormoneinnahme oder psychiatrische Begleitung, müssen abgeschafft werden.

**Kostenloser Bezug von Verhütungsmitteln und Hygieneartikeln:** Die SP fordert, dass die Kosten für Verhütungsmittel und Hygieneartikel von den Krankenkassen übernommen werden.

**Sensibilisierungsarbeit in Schulen:** In den Schulen soll es eine Sensibilisierung für das Thema Gleichstellung geben. Dazu braucht es vermehrt Weiterbildungen für Lehrpersonen.

**Gleichberechtigung für Menschen mit Handicap:** Die SP setzt sich aktiv für die Gleichberechtigung von Menschen mit einem Handicap in allen Lebensbereichen ein.

# KULTUR

## Ausgangslage

Der Kulturartikel der Baselbieter Kantonsverfassung hält fest, dass die Förderung von Kunst und Kultur eine öffentliche Aufgabe von Kanton und Gemeinden ist.

Kultur entsteht und besteht, wo Menschen sich miteinander, mit ihrer Umwelt, ihrer Vergangenheit und Zukunft auseinandersetzen. Viele Menschen engagieren sich freiwillig in Vereinen und Organisationen, fast zwei Drittel der Bevölkerung nehmen regelmässig kulturelle Angebote wahr. Leider ist es aber immerhin für einen Drittel der Bevölkerung die Realität, dass nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um sich kulturelle Aktivitäten leisten zu können. Der Kanton hat seine Ausgaben für Kultur, Sport und Freizeit in den letzten Jahren drastisch reduziert. Abbau, wo man hinschaut: Bei Sport und Freizeit von CHF 10.7 Mio. im Jahr 2008 auf 2,5 Mio. 2016. Bei den allgemeinen Kulturausgaben von CHF 22 Mio. im Jahr 2008 auf CHF 16.4 Mio. im Jahr 2016. Und der grosse Brocken von mehr als CHF 5 Mio. Kürzungen kommt erst noch mit der Halbierung der Kulturvertragspauschale!

Mit diesem finanziellen Desengagement gehen Forderungen einher, sich auch inhaltlich verstärkt an einem retrospektiven, angeblich ländlichen Kulturkonzept zu orientieren und ein innovatives, experimentelles, grenzüberschreitendes Kulturschaffen in den Hintergrund zu rücken.

## Grundziele der SP

**Wir wollen ein Kultur-Land sein, das nicht nur Privilegierten, sondern allen das Kulturschaffen und den Kulturkonsum möglich macht.**

Kultur ist der kollektive, vielfältige Reichtum an Ausdrucksmöglichkeiten, an Kommunikation in allen Formen – traditionellen ebenso wie experimentellen und innovativen. Kultur wirkt und prägt. Sie durchwirkt unser Leben. Kultur reflektiert das Eigene und das Fremde, erweitert den Horizont und verbindet über Grenzen hinweg. Das kulturelle Gepräge verleiht dem Alltäglichen seinen besonderen, unverwechselbaren Reiz und Wert. Nichts ist ohne Kultur, aber ohne Kultur ist alles nichts.

Kanton und Gemeinden müssen, wie in der Verfassung vorgesehen, Ressourcen zur Verfügung stellen, um kreatives Wirken und Vermitteln zu ermöglichen.

Kultur setzt sich mit dem Zustand der Gesellschaft, ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft auseinander. Kunst und Kultur schaffen und hinterfragen Identität, vermitteln eigene und fremde Werte, ermöglichen Austausch und Auseinandersetzung zwischen Menschen verschiedener Generationen, zwischen Männern\* und Frauen\* mit unterschiedlicher Herkunft. In diesem Sinne tragen Kultur und Kulturförderung bei zu Kreativität, Toleranz und Verständnis.

## Unsere Forderungen

**In Kultur und Vielfalt investieren:** Die Baselbieter Kulturpolitik droht unter der rechtsbürgerlichen Führung in der Bedeutungslosigkeit und Lächerlichkeit zu versinken. Wer bei der Kultur deinvestiert, hat nicht begriffen, welchen Stellenwert das Kulturleben für den Wirtschaftsstandort und für die Lebensqualität in unserer Region hat. Die SP verlangt mindestens eine Verdoppelung des Kulturetats und eine vielfältige Kulturpolitik, die nicht Kulturschaffende gegeneinander ausspielt.

**Szenenlokale lebensfähig und lebendig erhalten:** Für eine lebendige Kultur- und Musikszene braucht es kommunale und regionale Szenenlokale. Davon gibt es einige, wie das Z7, das Marabu, das Modus oder die Biomill. Doch nicht alle stehen auf sicheren Füßen. Der Kanton braucht ausreichende Mittel, um den Betrieb solcher Institutionen mit regionaler und überregionaler Ausstrahlung unterstützen zu können.

**Zwischennutzungen fördern und ersetzen:** Zwischennutzungen bieten beste Möglichkeiten für innovative Startups und kreative Tätigkeiten. Es liegt im Wesen von Zwischennutzungen, dass sie vorübergehender Art sind. Es liegt aber auch im Interesse einer lebendigen Kultur, dass immer wieder Plattformen für kreatives Arbeiten und Leben geschaffen werden. Der Kanton soll sich beim Bereitstellen und Ersetzen von Zwischennutzungen engagieren.

**«Kulturlegi» schaffen:** Mit der kantonalen Förderung einer «Kulturlegi» soll auch Menschen mit geringen Einkommen die aktive und passive Teilnahme am kulturellen Leben erleichtert werden.

**Partnerschaftliche Kulturpolitik stärken:** Die Region ist ein gemeinsamer Kulturraum, der auch eine gemeinsame Trägerschaft und Finanzierung von Kulturangeboten erfordert. Diesem Zweck dient auf Baselbieter Seite der Kulturvertrag, der nicht in Frage gestellt werden darf. Vielmehr ist die darin verankerte Kulturvertragspauschale auszubauen – nicht zuletzt, um eine halbwegs angemessene Beteiligung an den Betriebskosten des Theaters Basel gewährleisten zu können. Dazu gehören aber auch die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel und der Fachhochschulen mit ihrer grossen kulturellen Ausstrahlung sowie der Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus.

**Party- und Jugendkulturkonzept:** Zahlreiche junge Menschen schwärmen jedes Wochenende in den Ausgang. Ein umfassendes Konzept zu Freiräumen, Partys und Jugendkultur im Kanton Baselland fehlt aber. Stattdessen verlagert sich die Jugendkultur in die Stadt. Es muss im Dialog ein ganzheitliches Konzept zur Gestaltung der Baselbieter Jugendkultur erarbeitet werden, das die Anliegen der Jugend ernst nimmt.

# MIGRATION, INTEGRATION UND ASYL

## Ausgangslage

Weltweit hat in den letzten Jahren die unfreiwillige Migration zugenommen. Sie wird ausgelöst durch Krieg und Gewalt vor allem im Nahen Osten, durch Klimakatastrophen, aber auch durch die ungerechte Verteilung des Reichtums zwischen den Ländern des Nordens und des Südens. Damit die Menschen nicht mehr dazu gezwungen sind, ihre Heimat unfreiwillig zu verlassen, braucht es ein Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung und der kriegerischen Auseinandersetzungen. Dazu ist eine Entwicklungspolitik nötig, die einerseits Hilfe vor Ort fördert und andererseits die Konzerne zur Verantwortung verpflichtet, die Bevölkerung nicht auszubeuten. Es braucht zudem eine friedensfördernde Aussenpolitik und ein Ende des globalen Steuerwettbewerbs. Um den Menschen in ihrer schrecklichen Situation auf der Suche nach Schutz und Arbeit angemessen zu helfen, braucht es europäische Lösungen, die jedoch nicht in Sicht sind. Zusätzlich zu den Herausforderungen durch die unfreiwillige Migration geraten auch migrationspolitische Errungenschaften wie die Personenfreizügigkeit zunehmend unter Druck. In vielen Ländern in Europa werden wieder Grenzzäune hochgezogen, und eine zunehmende Abschottung und Militarisierung prägen die Migrationspolitik der EU und der Schweiz. Doch die Schweiz ist und bleibt ein Einwanderungsland, ein kleiner und offener Staat, der wirtschaftlich immer von MigrantInnen profitiert hat. Trotzdem ist die Migrations- und Asyldebatte zurzeit vor allem geprägt durch bewusst geschürte Angst und fremdenfeindliche Diskurse von Rechts. Geht es um die Einbürgerung von MigrantInnen der zweiten und dritten Generation, werden hohe Hürden bei der Einbürgerung auferlegt. Gleichzeitig darf über ein Viertel der Schweizer Bevölkerung nicht über die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Fragen mitbestimmen. Dieses massive demokratiepolitische Defizit passt nicht zum Selbstbild der Schweiz als Musterland der Demokratie und der Mitbestimmung.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen die humanitäre Tradition der Schweiz ausbauen.**

Die Schweiz und auch der Kanton Baselland müssen die Migration grundsätzlich als Chance und nicht als Bedrohung betrachten. Es braucht eine Ausländerpolitik, die von Anfang an auf Integration ausgerichtet ist, mit möglichst frühem Eintritt in die Arbeitswelt. Es braucht einen Prozess, der von allen Beteiligten Respekt und Dialogbereitschaft verlangt. Kanton und Gemeinden müssen sich zur konkreten Integrationsförderung verpflichten. Schlüssel zur Integration sind Spracherwerb und Arbeit. Es muss darauf hingewirkt werden, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht durch juristische Barrieren verstellt sind.

Viele MigrantInnen haben in ihrem Heimatland eine Ausbildung, zum Teil mit Hochschulabschluss, gemacht und nehmen hier den erstbesten Job an, um über die Runden zu kommen. Da geht viel Potenzial verloren.

Die Tradition der humanitären Schweiz muss aufrechterhalten und weiterentwickelt werden: Das Recht auf Schutz darf Menschen auf der Flucht nicht aufgrund innenpolitischer Stimmungen aberkannt werden. Wir wollen konsequente und effiziente Asylverfahren, die den Asylsuchenden ihre Würde und ihre individuellen Rechte garantieren. Dafür müssen alle Asylsuchenden menschenwürdig untergebracht werden können. Auch der Kanton und alle Gemeinden müssen dazu ihren Beitrag leisten.

Migration bedeutet aber auch, dass sich Menschen mit unterschiedlichster Herkunft in Arbeit, Schule und Freizeit begegnen. Die Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton Baselland gehören alle zu uns, unabhängig von ihrer Passfarbe. Ihre Bedürfnisse müssen von der Politik gleichberechtigt gewichtet werden.

## Unsere Forderungen

**MigrantInnen dürfen nicht allein gelassen und ihrem Schicksal überlassen werden:** Viele MigrantInnen werden von der Wirtschaft ausgenutzt. Sie sind Working poor, arbeiten in temporären Verhältnissen und landen überdurchschnittlich oft in der Sozialhilfe. Die Hilfe kommt erst, wenn schon viel Schaden angerichtet ist und Schulden angehäuft worden sind.

**Gratis Deutschkurse zur erfolgreichen Integration:** Die Sprache als zentrales Element für eine erfolgreiche Integration darf keine Frage des Portemonnaies sein. Um die soziale Isolierung zu verhindern, müssen Menschen mit anderen Muttersprachen gratis Deutschkurse besuchen dürfen. Für Kinder ohne genügend Deutschkenntnisse soll der Besuch einer Spielgruppe oder einer KiTa schon 2 Jahre vor dem Kindergarteneintritt für obligatorisch erklärt werden.

**Spezielle Förderung von Frauen\*:** Wir fordern, dass die weiblichen Asylsuchenden besonders gefördert werden, damit eine optimale Integration möglich ist. Besonderes Augenmerk soll dabei auch auf die Trauma-Bekämpfung bei Frauen\* aufgrund der Erlebnisse auf der Flucht gelegt werden.

**Die ArbeitgeberInnen in die Pflicht nehmen:** Sie sollen einen Beitrag zum Gelingen der Integration leisten, beispielsweise indem sie Arbeitszeit zum Besuch von Sprachkursen und anderen Integrationsangeboten zur Verfügung stellen oder indem sie zur Finanzierung solcher Kurse beitragen.

**Förderung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen:** Mittels gezielter Integrationsmassnahmen sollen Asylsuchende frühzeitig auf eine Erwerbstätigkeit vorbereitet und in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Schon heute stellt man fest, dass solche Programme wirksam sind und für alle Beteiligten einen Gewinn darstellen. Berufsausbildungen aus der Heimat sollen anerkannt oder es soll ein entsprechender Ausbildungsplatz angeboten werden, damit Geflüchtete auf ihrem gelernten Beruf arbeiten können. Zudem fordern wir eine einheitliche Fallführung über alle Stadien.

**Integration durch politische Mitverantwortung:** Wer in der Gesellschaft Verantwortung mitträgt, kann sich auch besser integrieren. Deshalb soll den niedergelassenen AusländerInnen das (kommunale und kantonale) Stimm- und Wahlrecht erteilt werden.

**Nationale Asylpolitik unterstützen:** Der Kanton soll eine soziale, menschenfreundliche Asylpolitik des Bundes unterstützen, die dank Bundeszentren die Asylverfahren koordinieren und beschleunigen will. Dazu soll er bereit sein, Bundeszentren auch auf seinem Territorium zu führen. Das ist wichtig, weil dies eine faire und rasche Bearbeitung der Asylgesuche ermöglicht. Die rechtliche Vertretung der Asylsuchenden, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenomme-



nen soll auch nach der Verteilung im Kanton weiterhin finanziell unterstützt werden, damit ein menschenwürdiges Verfahren garantiert wird.

**Einfache und faire Einbürgerungsverfahren:** Die Einbürgerungsverfahren in Kanton und Gemeinden müssen vereinfacht und fair gestaltet werden. Einbürgerungen sind auf der Ebene des Kantons abzuwickeln und nicht auf der Ebene der Gemeinden. Zur Gewährleistung von fairen Einbürgerungsverfahren sollen neutrale BeobachterInnen zugelassen werden. Das Bürgerrechtsgesetz muss in diesem Sinne revidiert werden. Die Wohnsitzfristen sollen auf acht Jahre reduziert und die materiellen Anforderungen bundesrechtlich abschliessend verbindlich konkretisiert werden. Die Verfahren und die Gebühren müssen vereinheitlicht werden. Volksabstimmungen über Einbürgerungsgesuche sollen abgeschafft werden.

**Unterstützung für traumatisierte geflüchtete Menschen:** In unserem Kanton nimmt die Anzahl der Menschen mit Kriegs- und Fluchterfahrungen zu. Diese oft traumatisierten Menschen brauchen spezielle Unterstützung. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden, und es müssen entsprechende Angebote des Kantons, z.B. in Form von Fachstellen, bereitgestellt werden. Ein frühes, professionelles Krisenmanagement bei Traumatisierungen hilft, chronischen Langzeitfolgen vorzubeugen.

**Operation Papyrus im Kanton Baselland:** Viele Sans-Papiers in der Region arbeiten in Basel und wohnen im Kanton Basel-Stadt oder umgekehrt. Es braucht darum eine gemeinsame Vorgehensweise für die Regularisierung des Aufenthaltsstatus von Sans-Papiers, welche seit Jahren bei uns leben und arbeiten. Der Kanton soll sich an der Operation Papyrus in Genf orientieren und sich für eine gemeinsame Vorgehensweise mit Basel-Stadt einsetzen.

# REGIONALE ZUSAMMENARBEIT

## Ausgangslage

In unserer politisch kleinräumig strukturierten Region ist die Zusammenarbeit über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus absolut zentral. Ganz besonders gilt das für die Partnerschaft mit dem Stadtkanton und die Trägerschaft der gemeinsamen Institutionen, so zum Beispiel der Universität. In den letzten Jahren wurde der Kanton Baselland als Partner immer unzuverlässiger. Trotz bestehender Abkommen werden – wie bei der Universität und beim Kulturvertrag – einseitig Kürzungen beschlossen. Die rechte Mehrheit spekuliert auf die Grosszügigkeit des Partnerkantons und lässt das Baselbiet in die Rolle des Trittbrettfahrers zurückfallen. Anstatt konstruktiv und solidarisch an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten, wird zum wiederholten Mal das Märchen vom über-den-Tisch-gezogen-Werden inszeniert, um das Baselbiet zu isolieren. Gleichzeitig wird die erfolgreiche Politik der rot-grünen Mehrheit in Basel durch die rechte Blockpolitik im Baselbiet herabgesetzt, weshalb es nicht verwunderlich ist, wenn in der Stadt Gegenbewegungen einsetzen. An solchen Gegensätzen drohen aktuell die Bildung einer gemeinsamen Spitalgruppe und einer gemeinsamen Spitalplanung zu scheitern.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen eine starke Region Basel ohne Abschottung des Baselbiets**

Weil unsere Region ein Lebensraum und ein Wirtschaftsraum ist, müsste sie eigentlich auch eine politische Einheit sein. Leider ist zurzeit an der politischen Zersplitterung nichts zu ändern. Aber die Herausforderungen durch eine globalisierte Wirtschaft, die Planung und Umsetzung von grossen Infrastrukturprojekten und Bildungsaufgaben können nur gemeinsam und solidarisch angegangen werden. Wir sind in beiden Kantonen die verlässliche Kraft für eine zukunftsweisende Partnerschaftspolitik. Diese soll auch der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Rechnung tragen.

## Unsere Forderungen

**Gemeinsame Trägerschaft der Uni und Hochschullandschaft Nordwestschweiz stärken:** Die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel darf nicht gefährdet werden. Die Finanzierung dieser gemeinsamen Trägerschaft, wie auch jener der Fachhochschule Nordwestschweiz, soll unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partner solidarisch erfolgen.

**In Kultur und Vielfalt investieren:** Die Baselbieter Kulturpolitik droht unter der rechtsbürgerlichen Führung in der Bedeutungslosigkeit und Lächerlichkeit zu versinken. Wer bei der Kultur abbaut, hat nicht begriffen, welchen Stellenwert das Kulturleben für den Wirtschaftsstandort und für die Lebensqualität in unserer Region hat. Die SP verlangt mindestens eine Verdoppelung der Kulturbeiträge und eine ernst zu nehmende Beteiligung an den Betriebskosten des Theaters Basel.

**Gemeinsame Spitalplanung sichern:** Bei der regionalen Spitalplanung braucht es eine gemeinsame Strategie und eine gemeinsame Spitalliste. Es verträgt kein Festhalten an untauglichen Standorten und zu vielen Spitalbetten. Kantönligeist und lokales Prestigedenken haben in einer weitsichtigen Politik nichts zu suchen.

**Trinationale Zusammenarbeit ausbauen:** Die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus nach Deutschland und Frankreich eröffnet nicht nur neue Horizonte, sondern sie ist ein erheblicher Standortvorteil für unsere Region. Diesen können wir nur nutzen, indem wir in diese Zusammenarbeit und in die dafür zuständigen Institutionen investieren. Die Pendlerströme der GrenzgängerInnen sind in Zusammenarbeit mit den in den Herkunftsgemeinden und -ländern zuständigen Behörden zu koordinieren und soweit wie möglich auf den öffentlichen Verkehr zu leiten.

**Gemeinsame Planungen fortführen:** Der Verkehr kennt keine Kantonsgrenzen. Die beiden Kantone sollen gemeinsame, nachhaltige Verkehrsplanungen wie das Herzstück vorantreiben.

**Kanton Basel+:** Die Unteilbarkeit des Lebensraums unserer Region soll sich auch in den politischen und demokratischen Strukturen widerspiegeln. Die Herausforderungen unserer Zeit können von den bestehenden Kleinstkantonen alleine nicht gemeistert werden.

# SICHERHEIT

## Ausgangslage

Sorgen, Verunsicherung und Ängste zeigen sich in unserer schnelllebigen und hochkomplexen Welt in vielen Bereichen und Lebenslagen. Sie beruhen auf den verschiedensten Erfahrungen und Ursachen: Im Arbeitsprozess nimmt der Leistungsdruck zu. Die Digitalisierung der Arbeitswelt verstärkt Existenzängste. Der Verlust von sozialen Bindungen und Netzen wird noch verschärft durch den Abbau von Angeboten des Service Public, beim ÖV, bei der Post und bei anderen Versorgungsnetzen. Das Aufbrechen von kulturellen Mustern und traditionellen Rollenbildern schürt Verunsicherungen. Widersprüche und Konflikte in der globalisierten Welt wirken sich durch Migration und die mediale Präsentation auch in unserem Alltag aus.

Die politische und mediale Bewirtschaftung dieser Sorgen und Ängste fixiert sich auf die Wahrnehmung von Gewalt und Kriminalität und schürt oft die Emotionen und die Verunsicherung mehr, als dass sie sie abbaut. Um diesen Ängsten zu begegnen, braucht es eine gut ausgebaute Polizei, die Straftaten verhindert und aufdeckt, und eine funktionierende Justiz, die sie ahndet.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen ein sicheres Leben für alle.**

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist Teil des Service Public. Das Gewaltmonopol muss beim Staat bleiben. Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, braucht es eine gut ausgebildete Polizei mit genügend Ressourcen. Um der Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft zu begegnen und die Kriminalität weiter einzudämmen, braucht es nicht bloss die konsequente Ahndung von Verbrechen, sondern vor allem auch einen Ausbau der Prävention. Um den Menschen aber mehr Sicherheit zu vermitteln, die sich auf die ganze Lebensplanung und -gestaltung auswirken kann, braucht es mehr als das. Es braucht Chancengerechtigkeit, ein gut ausgebautes Bildungssystem, gute Löhne, faire Mieten, einen wirksamen sozialen Ausgleich und solide Sozialversicherungen sowie nutzbare öffentliche Infrastrukturen für alle. Öffentliche Sicherheit ist stets auch soziale Sicherheit.

## Unsere Forderungen

**Prävention sicherstellen:** Fachstellen – wie die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt oder die Fachstelle Kinder- und Jugendschutz – haben einen hohen Stellenwert und müssen gestärkt und sichtbarer gemacht werden.

**Kein Abbau bei der Polizei:** Damit die Polizei im öffentlichen Raum präsent sein kann, dürfen keine weiteren Ressourcen gestrichen werden. Die Zusammenarbeit der Kantonspolizei mit der Gemeindepolizei muss ausgebaut werden.

**Sicherheitsbedürfnissen älterer Menschen gerecht werden:** Dem erhöhten Bedürfnis nach Sicherheit und Beratung von älteren Menschen soll durch speziell geschultes Gemeinde- und Polizeipersonal Rechnung getragen werden (allgemeine Rechtsauskünfte für ältere Personen, Prävention von Trickbetrug, Anlaufstellen für das Vermeiden von Erbschleicherei/-betrug).

**Private Sicherheitsdienste eindämmen:** Vermehrt übernehmen private Sicherheitsdienste polizeiliche Aufgaben. Dies hinterfragen wir. Das Gewaltmonopol muss bei der staatlichen Polizei bleiben.

**Keine Anonymität bei der Ausübung der Polizeigewalt:** Sichtbare Identifikationsnummern an Polizeiuniformen ermöglichen bei allen Einsätzen, somit auch bei Spezialeinheiten und Spezialeinsätzen, dass allfällige Gewaltanwendung durch Beamte nachverfolgt und geahndet werden kann.

**Sicherer Strassenverkehr:** Der Kanton muss durch gezielte und konsequente Kontrollen einen sicheren Strassenverkehr garantieren und Raser-Exzesse verhindern. Velowege und der Schutz der FussgängerInnen müssen ausgebaut werden. Der Kanton soll endlich im Kernbereich von Ortschaften, und wo aus sicherheits- und lärmtechnischen Gründen nötig, Tempo 30 einführen.

**Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:** Für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit braucht es in unserer Region eine gute Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus. Dafür müssen genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt und Kontakte gepflegt werden.

**Ausreichende Mittel für die Justiz:** Damit die Aufklärungsrate gesteigert wird und damit der Rechtsstaat zuverlässig funktionieren kann, müssen für die Justizorgane ausreichende Ressourcen im personellen Bereich und auch bei der Ausbildung der Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt werden.

**Resozialisierung ausbauen:** Das oberste Ziel im Umgang mit StraftäterInnen muss die erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft sein. Insbesondere bei Menschen, die eine Gefängnisstrafe verbüssen, müssen die Möglichkeiten zur sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe ausgebaut werden.

**Dialog verhindert Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen:** Dialog und Prävention vermindern situative, strukturelle und sozial bedingte Gewalt. Der Fanbewegung von Sportvereinen ist daher nicht mit Kollektivstrafen und einer politisch-medial motivierten Massnahmenpolitik zu begegnen. Gefördert werden sollen Dialogstrukturen der verschiedenen Akteure und die Selbstregulierung und Selbstverantwortung der Fanbewegungen.

# UMWELT UND NATUR

## Ausgangslage

Unser wachsendes Bedürfnis nach grosszügiger Wohnfläche aber auch nach Mobilität und individueller Lebensgestaltung beansprucht immer mehr Raum. Dafür werden immer mehr Naturräume zerstört und die wertvolle Biodiversität wird geschwächt. Die Zersiedelung zerstört grosse, zusammenhängende natürliche Lebensräume. Funktionierende Ökosysteme sind dadurch gefährdet und Naherholungsgebiete für die Menschen werden immer kleiner und stets intensiver genutzt.

Intakte Landschaften, naturnahe Waldgebiete und saubere Gewässer werden zu einem Luxusgut, das immer mehr unter Druck kommt. Die Lebensräume unserer Tier- und Pflanzenwelt werden je länger je mehr durch eine Vielzahl von Einflüssen beeinträchtigt. Dazu gehören der wachsende Lärm auf den Strassen sowie der Fluglärm, verursacht durch den Euroairport, der Bau von Aushubdeponien in Quellgebieten, die Zerstörung von Biotopen, die Zersiedelung, der unsachgemässe Einsatz von Pestiziden, die Überdüngung und die Verbauung der Gewässer. Die landwirtschaftliche Produktion wird verstärkt der Gewinnmaximierung untergeordnet und verliert so ihre Möglichkeit, intakte Naturräume zu schützen und zu pflegen. Zudem bringen riskante Techniken zur Energiegewinnung hohe Risiken und langfristige Zerstörungen mit sich.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen mehr Natur und Lebensraum für alle.**

Wir wollen die Umweltzerstörung verhindern. Der Kanton soll mit Lenkungssteuern, die sich im ökologischen Bereich bewährt haben, den Natur- und Umweltschutz verstärken. Es ist entscheidend, dass bei Bauprojekten eine Güterabwägung erfolgt: Der Boden ist ein kostbares und knapp werdendes Gut, das wir schützen müssen. Die Raumplanung muss die Bedürfnisse der Natur und der Umwelt berücksichtigen. Sie muss grössere Freihalteflächen definieren, damit nicht weiter Boden versiegelt wird. Wir wollen verdichtetes Bauen fördern. Wir wollen, dass zusammenhängende natürliche Lebensräume gesichert werden und bestehen bleiben, um die Ökosysteme nicht weiter zu gefährden und zu zerstören. Wir wollen ein Baselbiet mit einer ökologisch vertretbaren Landwirtschaft und eine gesunde und hochwertige Nahrungsmittelproduktion.

## Unsere Forderungen

**Schutzgebiete erhalten und ausbauen:** Der natürliche Lebensraum muss geschützt werden. Wichtige Schutzgebiete müssen erhalten bleiben und wo nötig ausgebaut werden. Beim Umgang mit Grundwasserschutz zonen und Schutzgebieten müssen die bestehenden Gesetze eingehalten und konsequent und mit genügend Ressourcen umgesetzt werden.

**Naherholungsgebiete vernetzen:** Die Zersiedelung der Landschaft muss gestoppt werden. Der Kanton muss Mittel zur Verfügung stellen, um natürliche Lebensräume zu vernetzen und die Biodiversität zu stärken. Das schafft auch attraktive Naherholungsgebiete vor der Haustür.

**Waldgebiete zu den Einwohnergemeinden:** Heute gehören grosse Gebiete des Waldes den Bürgergemeinden. Nicht alle EinwohnerInnen sind jedoch auch BürgerInnen einer Gemeinde

und haben somit in der Bürgergemeinde kein Mitbestimmungsrecht. Die Einwohnergemeinden sind demokratischer und sollen deshalb über die Verwaltung der gemeindeeigenen Waldgebiete übernehmen.

**Siedlungsgebiete ökologisch aufwerten:** Auf die ökologische Aufwertung innerhalb von Siedlungsgebieten ist zu achten. Grünflächen mit standorttreuen Pflanzen sind für Mensch und Tier sehr wichtig.

**Ökologische Landwirtschaft:** Der Kanton braucht eine verantwortungsvolle, ökologische landwirtschaftliche Produktion. Nur sie garantiert hochwertige, gesunde Nahrungsmittel und schont Boden und Landschaft. Deshalb muss der Kanton die ökologische und insbesondere auch die biologische Landwirtschaft bewusst fördern.

**Biologische Landwirtschaft und Vertragslandwirtschaft fördern:** Kulturland soll ausschliesslich an Landwirtschaftsbetriebe vergeben werden, die sich der biologischen Landwirtschaft verschreiben. Bevorzugt sollen Betriebe behandelt werden, welche die Produktion von regionalen und saisonalen Landwirtschaftsprodukten auf Basis von Lieferverträgen ermöglichen. Damit werden die ProduzentInnen und KonsumentInnen zusammengebracht und eine bedarfsgerechte demokratische Planung wird ermöglicht. Auf diese Weise gelingt es, Bedürfnisse der KonsumentInnen mit den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu verbinden.

**Rezyklieren und Deponien minimieren:** Das Wiederverwerten rezyklierbarer Materialien hat Vorrang. Bei unverschmutztem Aushubmaterial kann das mit einer Aushubmaterialbörse und einer gesetzlichen Wiederverwertungsquote geschehen. Die Grösse von Deponien ist so zu berechnen, dass sämtliche Rezyklier-Möglichkeiten berücksichtigt sind. Der Profit kann dabei keine Rolle spielen, denn es geht um das wertvolle Gut Natur.

**Keine Risiken durch Energiegewinnung:** Umweltschädliche Bohrungen zur Erdöl- und Erdgasgewinnung verschmutzen das Grundwasser und die Natur. Das Fracking muss im Kanton deshalb weiterhin verboten bleiben. Die Baselbieter Regierung muss sich verpflichten, sich für die Stilllegung aller AKW in der näheren Umgebung (im Umkreis von 50 km) einzusetzen. Sie hat jährlich über den Stand der Dinge zu berichten.

**Fluglärm reduzieren:** Der Euroairport soll seine Betriebszeiten der Regelung des Flughafens Zürich-Kloten anpassen. Von 23 Uhr bis 6 Uhr soll der Betrieb am Flughafen eingestellt werden, denn die Nachtruhe muss für die betroffene Bevölkerung im Dreiländereck gewährleistet sein.

**Strassenlärm eindämmen:** Die Bevölkerung leidet unter dem Lärm des motorisierten Individualverkehrs. Der Kanton soll den Strassenlärm reduzieren und die Lärmschutzverordnung des Bundes konsequent umsetzen. Dazu gehören Temporeduktionen und lärmindernde Strassenbeläge.

**Trinkwasserversorgung langfristig sicherstellen:** Die Grundwasser-Schutzzonen und die Trinkwasserquellen im Baselbiet müssen gesichert und geschützt werden. Deponien haben

dort nichts verloren und sollen dezentral im Kanton errichtet und betrieben werden. Eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung ist ausgeschlossen.

**Neobiota bekämpfen:** Invasive, standortfremde Pflanzen und Tiere bedrohen unsere Natur. Der Kanton stellt für deren Bekämpfung zu wenig Mittel zur Verfügung. Wir fordern mehr Einsatz zur Eindämmung der invasiven Neophyten, sowie eine regionale Koordination dieser Anstrengungen in diesem und in anderen Bereichen des Natur- und Umweltschutzes.

**Bevölkerung aufklären und sensibilisieren:** Wenn Forderungen rund um Umwelt und Naturschutz regelmässig thematisiert werden, kann die Bevölkerung für diese wichtigen Anliegen sensibilisiert werden. Deshalb müssen Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden.

**Vegane & vegetarische Essensangebote in Gastrobetrieben von öffentlichen Institutionen:** Die Gastrobetriebe von öffentlichen Institutionen sollen verpflichtet werden, vegane und vegetarische Essensangebote im Sortiment zu haben.

**Erhalt der Lebensräume des Wildtierbestandes:** Zum Schutz des Lebensraumes von Wildtieren und für den Erhalt der Biodiversität sollen mögliche Standorte für den nachträglichen Bau von Wildtierbrücken geprüft und realisiert werden.

**Recycling fördern:** Das Recyclingsystem muss kantonsweit und möglichst darüber hinaus vereinheitlicht werden und dank kostenlosem Zugang hohe Anreize zur Abfalltrennung schaffen. Dies gilt insbesondere auch für Grünabfälle.

**Abschaffung der Fahrkostenrückerstattung bei Nutzung von Automobilität:** Der Kanton soll bei der Rückerstattung der Fahrkosten nur noch jenen Betrag zahlen, der bei der Nutzung des öffentlichen Verkehrs angefallen wäre.





**Abbau  
stoppen –  
ÖV stärken:**

**Nur mit uns!**

**Zukunft statt Abbau: Liste 2  
Kathrin Schweizer in die Regierung**

**SP**

# VERKEHR UND RAUMPLANUNG

## Ausgangslage

Das Bedürfnis nach Mobilität und somit auch das Verkehrsaufkommen haben in den letzten Jahrzehnten sehr stark zugenommen. Grund dafür sind die räumliche Trennung von Wohnort und Arbeitsort sowie das veränderte Einkaufs- und Freizeitverhalten. Viele Infrastrukturen des Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs stossen deshalb heute vor allem zu Stosszeiten an ihre Kapazitätsgrenzen. Der Kanton Baselland weist einen hohen Motorisierungsgrad auf: Über 60% der BaselbieterInnen besitzen ein Auto. Durch das hohe Verkehrsaufkommen hat sich die Tendenz zur Zersiedelung der Landschaft ebenfalls verstärkt. Gleichzeitig ist die Abdeckung durch den öffentlichen Verkehr nach wie vor unzureichend.

## Grundziele der SP

**Wir wollen die Verlagerung hin zum öffentlichen Verkehr und zum Langsamverkehr.**

Im Baselbiet versuchte die Politik bisher dem steigenden Mobilitätsbedürfnis gerecht zu werden, indem sie den Autoverkehr übermässig priorisierte und in Strassen und teure Tunnelbauten investierte. Der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr mussten hinten anstehen. Wir wollen diese Ungleichbehandlung stoppen. Der motorisierte Strassenverkehr hat negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Landschaft und unsere Lebensqualität. Der Strassenverkehr wirkt sich vor allem im dicht bewohnten unteren Kantonsteil heute schon aufgrund von Lärm und Abgas-Ausstoss negativ auf die Lebensqualität aus. Deshalb wollen wir eine weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs vermeiden und zugleich eine Verlagerung hin zum öffentlichen Verkehr und zum Langsamverkehr erreichen. Das Strassennetz darf nur in begründeten Einzelfällen und auf einzelnen Abschnitten ausgebaut werden. Neue Strassen zerstören den Lebensraum und führen zu mehr Verkehr. Der motorisierte Individualverkehr muss in grossem Masse auf den öffentlichen Verkehr und auf den Velo- und Fussverkehr verlagert werden. Wir wollen das vorhandene Verbesserungspotenzial ausschöpfen, um diese Verkehrsträger attraktiver zu machen. Darüber hinaus muss der Kanton endlich spürbar den Umstieg von Verbrennungsmotoren hin zu Elektromobilität fördern.

## Unsere Forderungen

**Mehr Rad- und Fusswege:** Es braucht im Baselbiet ein stärker ausgebautes Radwegenetz (inkl. Velo-Schnellstrassen), damit die Menschen sicher und rasch mit dem Fahrrad oder dem E-Bike zu ihrem Arbeitsplatz gelangen können. Ebenso benötigen wir attraktive und sichere Fusswege.

**Keine Luxusstrassen:** Anstatt das Strassennetz weiter auszubauen oder zu verbreitern, soll das bestehende Kantonsstrassennetz erhalten oder wo nötig erneuert werden. Teure Umfahrungen wie den Gundelitunnel oder die Südumfahrung braucht es nicht.

**Mehr Tempo-30-Zonen:** Der Kanton soll endlich im Kernbereich von Ortschaften, und wo aus sicherheits- und lärmtechnischen Gründen nötig, Tempo 30 einführen und Begegnungszonen fördern. Die SP fordert kantonsweit den umfassenden Schutz vor Strassenlärm ein.

**Ausbau statt Abbau des öffentlichen Verkehrs:** Ein leistungsstarker öffentlicher Verkehr ist unerlässlich für eine intakte Umwelt und eine gut funktionierende Wirtschaft. Dieser darf nicht kurzfristigem Abbau zum Opfer fallen. Im Gegenteil: Es braucht einen Ausbau des Angebotes. Dazu gehören im Baselbiet Durchmesserlinien für Bahn, Bus und Tram, insbesondere das «Herzstück Basel», sowie der Viertelstundentakt zwischen Laufen und Liestal.

**Tramverlängerungen realisieren:** Der Kanton soll Tramverlängerungen planen und realisieren und damit die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs steigern. Tramverlängerungen sind möglich ins Gebiet Salina Raurica, in einer Verbindung Dornach–Reinach–Therwil, im Dreispitz, in den Hafen Birsfelden, nach Allschwil-Letten und ins Polyfeld in Muttenz.

**ÖV für alle:** Der öffentliche Verkehr soll ohne Einschränkungen auch behinderten und älteren Mitmenschen zur Verfügung stehen. Sämtliche Haltestellen und öffentliche Transportmittel müssen bis zum Jahr 2023 einen behindertengerechten Ein- und Ausstieg ermöglichen.

**Keine Wiedereinführung des Nachtzuschlags:** Der Nachtzuschlag darf auf keinen Fall wieder eingeführt werden. Es soll auch nachts möglich sein, mit Zug oder Bus nach Hause fahren zu können und nicht auf das Auto angewiesen zu sein. Zusätzliche Gebühren auf Kosten der ÖV-NutzerInnen sind unsolidarisch und setzen diesbezüglich völlig falsche Anreize.

**Attraktiver Fahrplan – auch im Oberbaselbiet und im Laufental:** Der Kanton muss den ÖV auch zu Randzeiten und in den Randregionen sicherstellen. Dazu gehören alternative und flexible Lösungen. Die Finanzierung dafür und die dazu notwendigen Infrastrukturen müssen sichergestellt werden. Wir fordern, dass jede Gemeinde im Baselbiet täglich ausreichend mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen wird.

**Innovationen fördern:** Der Kanton fördert Forschung und Innovation im öffentlichen Verkehr. Selbstfahrende Busse sowie Car-Sharing-Modelle sollen finanziell unterstützt werden. Das Baselbiet positioniert sich so für eine moderne und innovative Verkehrspolitik.

**Gratis ÖV:** Der Kanton und die Gemeinden sollen den öffentlichen Verkehr für alle lokalen und innerkantonalen Linien kostenfrei anbieten.

**Flexibler Unterrichtsbeginn:** Das Modell der Fachhochschule Nordwestschweiz mit einem späteren Unterrichtsbeginn soll Schule machen. Die Gymnasien sollen ihren Unterrichtsbeginn nach hinten schieben, um so den öffentlichen Verkehr während der Hauptverkehrszeiten zu entlasten.

**Raumplanung im Interesse aller:** Raumplanung muss sich in erster Linie an der Lebensqualität der Menschen im Kanton orientieren. Verdichtetes Bauen ist zum Schutz vor Zersiedelung unerlässlich, muss aber mit flankierenden Massnahmen erträglich gemacht werden. Hier spielt die Qualität der Freiräume innerhalb sowie zwischen den Siedlungen eine grosse Rolle. Ruhezeiten, Begegnungszonen und Freizeit- und Sportzonen müssen staatlich gefördert werden.

**Autofreies Wohnen ermöglichen:** Der Kanton soll autofreies Wohnen und Leben durch die Schaffung von Anreizen fördern. Heute wird dies durch Vorschriften eher behindert. Der Kanton soll für Projekte von autofreiem Wohnen die vorgeschriebene Mindestanzahl an Parkplätzen aufheben und somit mehr autofreies Wohnen auf gleicher Fläche ermöglichen.

**Keine Neueinzonungen:** Bevor im Kanton neue Einzonungen erfolgen, sollen einerseits die bestehenden Bauzonen bebaut sein und andererseits die bereits bebauten Bauzonen auf attraktive Art und Weise verdichtet werden.

**Eine Mehrwertabgabe als wichtige Einnahmequelle:** Der Kanton soll endlich die Mehrwertabgabe einführen und einen einheitlichen Abgabesatz von mindestens 50% festlegen. Wir wollen, dass die Erträge der Mehrwertabgabe angemessen zwischen Gemeinden und Kanton aufgeteilt werden. Ein Teil der Mehrwertabgabe soll dafür eingesetzt werden, öffentliche Erholungsräume wie Grünflächen oder Spielplätze zu schaffen.

**Keine weitere Zersiedelung der Landschaft:** Die SP fordert eine kantonsübergreifende Raumplanung, welche eine weitere Zersiedelung unmöglich und den Bau weiterer Strassen unnötig macht. Dabei sollen die Regionen und die Gemeinden gebührend in die Kantonsplanung einbezogen werden.

**Senken der Immissionen durch den EAP:** Um die Lärm- und Umweltbelastung durch den Flugverkehr zu reduzieren, fordert die SP eine Plafonierung der Flugbewegungen auf 100'000 pro Jahr, eine Erhöhung der Start- und Landegebühren sowie ein Nachtflugverbot von 23 bis 6 Uhr.

**Road Pricing-Möglichkeiten prüfen:** In Zusammenarbeit mit Basel-Stadt soll die Möglichkeit eines Road-Pricing geprüft und allenfalls getestet werden.

# WIRTSCHAFT

## Ausgangslage

Das neoliberale Wirtschaftsmodell hat Europa an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gebracht: Abbau des Service Public, Deregulierung des Finanzsektors und hemmungslose Abzocker-Manier lassen ehemalige Industriezentren verwaisen und Arbeitsplätze verschwinden. Die Arbeitsbedingungen werden angegriffen und die Vermögen sind immer ungleicher verteilt – es kommt zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Die Ablehnung dieser Politik reicht mittlerweile von den Ärmsten dieser Welt über die wohlhabenderen ArbeitnehmerInnen bis zum Internationalen Währungsfonds, dem Hüter des globalen Kapitalismus.

Doch auch der Kanton Baselland ist durch die untauglichen Rezepte des Neoliberalismus gezeichnet: Die Regierung baut staatliche Leistungen ab und lagert sie an Private aus. Der Kanton beteiligt sich an einem hemmungslosen, zerstörerischen Steuerwettbewerb. Aber auch bei den Gemeinden ist der Druck gross, die Steuern zu senken und Dienstleistungen abzubauen. Die kantonale Wirtschaftspolitik konzentriert sich seit rund 15 Jahren vor allem auf Abbauprogramme und Steuersenkungen für Unternehmen.

Auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit nehmen die Rechten dabei keine Rücksicht: Bei der Unterstützung von Familien und Angehörigen in der Pflege der älteren und Erziehung der jungen Menschen wurden kaum Fortschritte erzielt, im Gegenteil. Die bezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit steht unter wachsendem Profitdruck, wird privatisiert und abgebaut. Die Wirtschaftsförderung Baselland ist kläglich gescheitert. Es gibt keine Strategie dafür, wo der Kanton in zehn Jahren stehen soll und wie für die Menschen Arbeitsplätze im Kanton gesichert und geschaffen werden sollen.

## Grundziele der SP

**Wir wollen nachhaltige Innovationen, die allen zugute kommen.**

Für uns steht eine kantonale Wirtschaftspolitik im Zentrum, die sich an nachhaltigen Innovationen orientiert: Wirtschaftswachstum ist kein Ziel, sondern ein Weg zu mehr Lebensqualität für alle und zu einer gerechten Verteilung. Es ermöglicht höhere Löhne und stärkt damit die Kaufkraft der Bevölkerung. Es sichert Steuereinnahmen, damit der Staat die Qualität seiner Dienstleistungen ausbauen kann. Bedarfsgerechte Sozialleistungen, ausgebaute Infrastrukturen sowie attraktive Ausbildungsangebote, Wohn- und Lebensräume wirken sich wiederum positiv auf die Wirtschaft aus. Es ist unsere Aufgabe, die Wirtschaft durch demokratische Einflussnahme sozial und ökologisch zu gestalten und damit unsere Bedürfnisse ins Zentrum zu stellen. Gleichzeitig soll der Kanton Innovationen betreiben, damit sich die Wirtschaft dem Strukturwandel stellt und attraktive Arbeitsplätze anbietet. Soziales Unternehmertum muss gefördert werden, denn es leistet mit innovativen Ideen und ökologischen Konzepten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. So wollen wir den ganzen Spielraum der kantonalen Politik nutzen, um Wege in ein neues Wirtschaften aufzuzeigen, damit der Umweltzerstörung Einhalt geboten und für alle statt für wenige gewirtschaftet wird.

## Unsere Forderungen

**Mindestlohn für alle:** Der Kanton Baselland setzt sich auf nationaler und kantonaler Ebene für Mindestlöhne von wenigstens 4'000 Franken und Normal-Arbeitsverträge in allen Branchen ein.

**Nachteilsausgleich für Arbeitnehmende:** Ein Nachteilsausgleich soll für Menschen zur Anwendung kommen, die – aus Gründen für die sie nicht verantwortlich sind – Mühe haben, trotz entsprechender Qualifikation eine Stelle zu finden. Dabei sollen Firmen, die durch das Einstellen von Personen mit chronischen Erkrankungen, mit Teil-Invalidität oder anderen Handicaps ein höheres Risiko tragen, unterstützt werden (z.B. mit Lohnausfallversicherung, Lohnanteil). Dadurch können die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe der Gemeinden entlastet werden. Und für die betroffenen Menschen bedeutet dies, dass sie ihr Leben selber gestalten und zumindest teilweise auch selber finanzieren können.

**Fairness am Arbeitsplatz:** Die Zahl der Kontrollbesuche im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen muss erhöht und auf Branchen wie z.B. Dienstleistungen im IT-Bereich ausgeweitet werden. Dies verhindert Lohndumping und bekämpft Schwarzarbeit konsequent. Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden müssen obligatorisch Lohnkontrollen durchführen, um die Lohngleichheit zwischen Frauen\* und Männern\* nachweisen und gewährleisten zu können.

**Stopp der Ausbeutung:** Der Kanton muss Massnahmen ergreifen, um die Ausbeutung von TeilzeitarbeiterInnen und PraktikantInnen zu beenden und ihre Rechte zu stärken.

**Mit Transparenz gegen Wirtschaftskammer-Filz:** Die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton muss nachhaltig, ökologisch, ökonomisch sowie demokratisch gesteuert werden, damit die Interessen der ganzen Bevölkerung gewahrt bleiben. Verflechtungen von Wirtschaftsverbänden, einzelnen Unternehmen, Kanton und Gemeinden müssen offengelegt werden.

**Baselbieter KMUs sichern:** Heute steht rund jedes fünfte KMU bei der Regelung einer Geschäftsnachfolge vor einer unsicheren Zukunft. Dank einem Vorinformations- und einem Vorkaufrecht sollen Mitarbeitende dabei unterstützt werden, eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (z.B. als Genossenschaft) zu finden. Oft fehlt ihnen heute dafür das nötige Geld. Ein Zukunftsfonds soll mittels einer Übergangsfinanzierung dazu beitragen, die Baselbieter KMU wenn möglich als solidarische und demokratische Unternehmen zukunftsfähig zu machen. Die Wirtschaftsberatungsstellen im Kanton werden entsprechend gestärkt und beauftragt, mit Grundeigentümern, Ämtern und BetriebsbesitzerInnen Lösungen für die orts- oder regional ansässige Weiterführung der Betriebe zu ermöglichen.

**Attraktive Arbeitsplätze dank Innovationen:** Die Zusammenarbeit der Unternehmen mit den Ausbildungsinstitutionen der Nordwestschweiz muss intensiver gefördert werden. Insbesondere die Förderung von jungen IngenieurInnen und EntwicklerInnen bei der Ausarbeitung und Realisierung von innovativen Projekten muss verstärkt werden.

**Förderung des sozial-ökologischen Unternehmertums:** Unternehmen, für die der gesellschaftliche Nutzen ihrer Arbeit mehr zählt als die Gewinnerzielung, und Unternehmen, die ihre Überschüsse nachhaltig in soziale Projekte innerhalb des Betriebs reinvestieren, sollen vom Staat gefördert werden.

**Leitfaden «Flüchtlinge einstellen – Informationen für Unternehmen» veröffentlichen und in allen interessierten Kreisen bekannt machen:** Damit die soziale und ökonomische Inte-

gration gelingt, muss der Kanton Hilfestellungen leisten, um die berufliche Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen zu verbessern. Dazu soll ein möglichst praxisorientierter Leitfaden für die Anstellung von Flüchtlingen ausgearbeitet und publiziert werden.

**Gründung von ArbeitnehmerInnenfonds:** In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften soll bei der Verhandlung von Gesamtarbeitsverträgen gefordert werden, dass ein Teil der jährlichen Unternehmensgewinne in Form von Anteilen an die Arbeitnehmenden ausgeschüttet wird. Über diese Anteile können Mitarbeitende demokratisch Einfluss auf ihr Unternehmen nehmen. Mögliche Dividenden werden zum Aufkauf weiterer Anteile verwendet.

**Care (Sorge) ermöglichen:** Care-Arbeit steht für Pflege- und Betreuungsarbeit. Der Grossteil wird heute unbezahlt von Frauen\* erledigt. Dies führt zu weniger Einkommen, weniger Anerkennung, weniger Schutz und weniger Rente im Alter. Dieser mehrfachen Benachteiligung muss ein Ende gesetzt werden. Als erster Schritt sollen bezahlte Freitage für Notfall-Pflege und bezahlter Sozialurlaub von bis zu zwei Wochen bei anhaltender Pflegebedürftigkeit emotional nahestehender Angehöriger gesetzlich festgehalten werden. Der Kanton Baselland setzt sich auf nationaler Ebene dafür ein, dass Betreuungsgutscheine für Personen ausgestellt werden, die infolge Care-Arbeit Einbussen im Erwerbseinkommen hinnehmen, damit diese die volle AHV-Rente erhalten können (analog den Erziehungsgutscheinen für nicht erwerbstätige Eltern).

**Konsequent nachhaltig beschaffen:** Der Kanton soll sein Beschaffungswesen konsequent nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. So müssen in Zukunft Produkte aus fairem Handel, aus demokratischen Unternehmen oder Unternehmen mit einer Mindestanzahl an Lehrlings- und IV-Integrationsstellen konsequent bevorzugt werden. Der Nachweis von gleichen Löhnen für gleiche Arbeit soll obligatorisch werden.

**Bestehende Areale nutzen:** In unserer Region (z.B. im Birstal) liegen an zentraler Lage bestens per Bahn und Strasse erschlossene ehemalige Industrieareale brach. Gleichzeitig werden in un bebauten Gebieten neue Areale erschlossen. Das führt zu einem unnötigen Ressourcen- und Landverschleiss. Neue Industrien sollen deshalb primär auf den Industriebrachen angesiedelt werden. Flächen, die nicht mehr für die Industrie genutzt werden, können auch zu Gewerbe- oder Wohngebieten umgenutzt oder mischgenutzt werden.

**Biologische Landwirtschaft fördern:** Die biologische Landwirtschaft schont unsere Natur und muss durch den Kanton vermehrt unterstützt werden.

**Solidarität der Unternehmen in der Berufsbildung:** 70 Prozent aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen einen Beitrag an den Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht. Der Kanton soll es zudem möglich machen, dass mehrere Betriebe gemeinsam eine Lehrstelle anbieten können.



# Bezahlbarer Wohnraum für alle:

**Nur mit uns!**

**Zukunft statt Abbau: Liste 2  
Kathrin Schweizer in die Regierung**

**SP**



# WOHNEN

## Ausgangslage

Heute gibt es im Baselbiet keine kantonale Wohnbaupolitik. Eine Strategie ist nicht erkennbar. Die Regierung lässt sich vom Lobbyismus der Hauseigentümer treiben. Dabei sind die Probleme offensichtlich: Die Wohnsituation im Kanton Baselland ist für viele Menschen schwierig: Der Wohnraum ist knapp und meist zu teuer. Eine Wohnpolitik im Interesse der MieterInnen gibt es im Kanton Baselland nicht. Gemeinnütziger Wohnungsbau wird nicht gefördert. Stattdessen wird immer wieder versucht, die Privilegien von HauseigentümerInnen zu schützen. Der Zersiedelung unserer Landschaft muss entgegengewirkt werden. Wir wollen verdichtetes Bauen im bestehenden Siedlungsgebiet – mit hoher Lebensqualität, selbstbestimmt und ohne Zwang zur Profitmaximierung. Ein grosser Bedarf besteht vor allem bei bezahlbaren Wohnungen für Familien mit Kindern, die genügend Raum und Lebensqualität bieten. Auch selbständiges Wohnen im Alter, etwa in generationen-gemischten Siedlungen, ist ein grosses Bedürfnis.

## Grundziele der SP

### **Wir wollen bezahlbares Wohnen für alle.**

Wir haben mit unserer Initiative «Wohnen für alle!» neue Perspektiven aufgezeigt. Es braucht bezahlbaren Wohnraum für alle Altersstufen und für alle Formen des Zusammenlebens. Nach den eigenen Vorstellungen leben und wohnen zu können, ist ein Grundrecht. Es darf kein Luxus für wenige sein!

Eine fortschrittliche Wohnpolitik bedingt eine Sozialisierung des Bodens und eine demokratische Bodenpolitik. Denn der Umgang mit dieser wichtigen Lebensgrundlage betrifft uns alle direkt. Entsprechend sollen alle Menschen, die hier leben, das Recht haben, über die Verwendung des Bodens mitzubestimmen.

## Unsere Forderungen

**Zahlbare Wohnungen für alle:** Die Wohnpolitik und der Wohnungsbau müssen sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit von MieterInnen orientieren. Es braucht mehr bezahlbare Wohnungen für Menschen aller Alterskategorien, insbesondere aber für Familien.

**Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus:** Kanton und Gemeinden müssen Projekte des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch Genossenschaften, Stiftungen oder durch kommunale Initiativen unterstützen, etwa durch Abgabe von günstigem Bauland im Baurecht, durch administrative und planerische Unterstützung sowie durch Gewährung von Bürgschaften.

**Verdichtetes Bauen fördern:** Es sind Instrumente zu erarbeiten und gesetzlich festzulegen, die die Innenentwicklung und das verdichtete Bauen fördern und ermöglichen. Freie Parzellen und Brachen sind zu nutzen.

**Aufkauf von Land durch Gemeinden und Kanton:** Die öffentliche Hand soll gezielt Boden aufkaufen und diesen im Baurecht für gemeinnützigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Dabei sollen Genossenschaften bevorzugt behandelt werden, da diese ihren Mitgliedern ein Höchstmass an demokratischer Mitbestimmung bieten. Der Erwerb von Boden durch die öffentliche

Hand soll dabei auf der tiefst möglichen Staatsebene realisiert werden. Im Fall von Wohngebieten handelt es sich hierbei um die Gemeinden.

**Vorkaufsrecht für den Staat:** Beim Verkauf von Land und Liegenschaften muss der Staat, insbesondere die Gemeinden und der Kanton, ein Vorkaufsrecht haben, von dem er grundsätzlich Gebrauch machen soll. So wird Land Schritt für Schritt in die demokratische Kontrolle überführt.

**Gemeinsam statt einsam:** Es soll gezielt Wohnraum entstehen, in dem alle Generationen nebeneinander und miteinander wohnen können. Es braucht nicht separate Wohnsiedlungen für ältere Menschen oder für Alleinstehende, sondern einen guten Mix, damit die Solidarität unter den Generationen wachsen und sich daraus Nachbarschaftshilfe entwickeln kann. Solche Angebote müssen unbedingt breit vermittelt werden.

**Beratungsstelle «Wohnen»:** Es braucht Beratungsmöglichkeiten zu Fragen rund ums Wohnen, insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Im Kanton muss eine Fachstelle für Wohnen eingerichtet werden.

**Nachhaltige Bodenpolitik durch Baurecht statt Privatisierung:** Land im Eigentum von Gemeinden und Kanton darf nicht an Private verkauft werden, sondern soll im Baurecht für Projekte des gemeinnützigen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt werden.

**Formularpflicht einführen:** Die NachmieterInnen einer Wohnung müssen transparent darüber aufgeklärt werden, wie viel der oder die VormieterIn für die Wohnungsmiete bezahlt hat. Wir fordern, dass dafür eine Formularpflicht eingeführt wird, damit unzulässige, leistungsfreie Erhöhungen der Mieten bei Wohnungswechseln verhindert werden können.

**Autofreies Wohnen ermöglichen und fördern:** Der Kanton soll autofreies Wohnen und Leben durch die Schaffung von Anreizen fördern. Heute wird dies durch Vorschriften eher behindert. Der Kanton soll für Projekte von autofreiem Wohnen die vorgeschriebene Mindestanzahl an Parkplätzen aufheben und somit mehr autofreies Wohnen auf gleicher Fläche ermöglichen.

**Alternative Wohnformen im Alter:** Es braucht neue Wohnformen, insbesondere in der dritten und vierten Lebensphase bzw. nach der Pensionierung. Aktive Prävention und Erhalt von Lebensqualität können so möglichst früh einsetzen. Heute reicht die normale Vorsorge für die meisten HeimbewohnerInnen im Alter nicht mehr, mehr als die Hälfte muss regelmässig Ergänzungsleistungen beziehen.

**Diese Wahlplattform ist am 25. August 2018  
von der Wahl-Delegiertenversammlung der  
SP Baselland in Pratteln verabschiedet worden.**

**Impressum:**

Liestal 2018

Gestaltung: Michi Nussbaumer

Druck: Stuhmann AG, Füllinsdorf

Papier: Cyclus Print 90g/m<sup>2</sup> (hergestellt aus 100% entfärbtem Altpapier)



Sozialdemokratische Partei  
Baselland

Rheinstrasse 17 | Postfach 86 | 4410 Liestal  
Tel. 061 921 91 71 | [www.sp-bl.ch](http://www.sp-bl.ch) | [info@sp-bl.ch](mailto:info@sp-bl.ch)

PC-Konto: 40-4622-0